

Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung: Innenansichten der CDU im Norden der DDR

Von Christian Schwießelmann

1. Einleitung

Über die Rolle der CDU in der SBZ und DDR hat sich die politische Öffentlichkeit manch ein Scharmützel geliefert. Je nach politischem Lager pendelten die Bewertungen zwischen zwei Extremen: die unionsnahe Publizistik betonte die Opferrolle aufgrund einer gewaltsamen Gleichschaltung in den Jahren 1948 bis 1952; unionsferne, betont „linke“ Journalisten und manche Sozialdemokraten stellten die Mittäterschaft einer bereitwilligen Blockpartei im SED-Staat heraus. Die Urteile der Historiker fielen differenzierter aus; sie haben auf der Grundlage der offenen Parteiarchive die Mosaikstücke der Parteigeschichte mittlerweile bis zum Mauerbau 1961 zusammengefügt und die Einseitigkeiten der DDR-Historiographie korrigiert.¹ Dabei entstand ein überaus differenziertes Bild der Ost-CDU, das zusehends auch regional- und lokalgeschichtlich an Farbe gewinnt.

Während die Unionsgeschichte im Süden Mitteldeutschlands mit beachtlichen biographischen Schattierungen² und organisationsgeschichtlichen Nuancen³ nachgezeichnet wird, muss für den Norden bislang mit dem apologetischen Schrifttum der DDR-CDU vorlieb genommen werden.⁴ Erst in jüngster

1 Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19), 2. korr. Aufl., Düsseldorf 1991; Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998; Ralf Thomas BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch-besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36), Düsseldorf 2001; Stephan ZEIDLER, *Die CDU in der DDR vor dem Mauerbau (1953–1961)*, Bonn 2001.

2 Vgl. Thomas SPECKMANN, *Lebensweg in zwei deutschen Diktaturen. Der Eichsfelder Christdemokrat Hugo Dornhofer*, in: Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, III/2008, S. 11–13. Ausführlich dazu bei: DERS., *Hugo Dornhofer. Biographische Studien 1896–1977*, Rudolfstadt 2003.

3 Mike SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ – Die Junge Union in Sachsen 1945–1950*, mit einem autobiographischen Essay von Wolfgang MARCUS, Göttingen 2004.

4 Vgl. Hans KOCH, *Dem Fortschritt zugewandt. Eine Untersuchung über die Mitarbeit des CDU-Landesverbandes Mecklenburg in der antifaschistisch-demokratischen Revolution und bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (1945 bis 1949)*, Berlin-Ost 1974; DERS., *Von der Erkenntnis zur Tat. Zur Geschichte des Landesverbandes Mecklenburg der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Bildung der Bezirke (1949 bis 1952)*, Berlin-Ost 1975. Vgl. auch Friedrich KIND, *Christliche Demokraten im Ringen um eine neue Demokratie. Zur Entwicklung und zum Beitrag des Landesverbandes Brandenburg der CDU*

Zeit gibt es zumindest für die CDU Mecklenburg-Vorpommern – ab 1947 nur noch Mecklenburg – Versuche, die „weißen Flecken“ der postmarxistischen Parteigeschichtsschreibung zu tilgen.⁵ Anders als in der CDU Thüringen oder Sachsen vollzog sich die Gleichschaltung des mecklenburgischen Landesverbandes auf leiseren Sohlen, weil hier von Anbeginn ein nachgiebiger Landesvorstand um den höheren Ministerialbeamten Reinhold Lobedanz wirkte. Die geräuschlose Kollaboration des mecklenburgischen CDU-Führungszirkels, der im Wesentlichen aus Mitgliedern der früheren Schweriner DDP-Ortsgruppe bestand, mit der SED-Landesparteiorganisation und der Sowjetischen Militäradministration Mecklenburgs hatte subkutan einer sanften Kompromisslinie des Landesverbandes Vorschub geleistet. Im vorauseilenden Gehorsam beseitigten neben Lobedanz die langjährigen Landesvorstandsmitglieder Carl Garz, Heinrich Albert, Werner Pöhls und Hans Wittenburg jeden Widerstand gegen den Anpassungskurs.

Opposition regte sich vor allem im Wirtschaftsministerium unter Siegfried Witte und in der Landtagsfraktion. Während die Landtagsfraktion bereits bei der Absetzung des CDU-Zonenvorsitzenden Jakob Kaisers Ende 1947/Anfang 1948 mit ihrem unbeugsamen Fraktionsvorsitzenden Werner Jöhren – zugleich Usedomer Landrat – einen wichtigen Opponenten der SED verlor, konnte der Widerstand des Wirtschaftsministeriums erst 1950 gebrochen werden. Der Sturz Siegfried Wittes als Wirtschaftsminister hatte durchaus Symbolkraft; er war das Signal zu einer Säuberungskampagne der SED, die sich gegen alle „reaktionären Elemente“ in den bürgerlichen Landesparteien richtete.

Nach 1950 erfolgte der Umbau der CDU zu einer zentralistischen Kaderpartei nach dem Vorbild der SED.⁶ Der seit 1949 amtierende Generalsekretär Gerald Götting riss die Kompetenzen an sich, wohingegen dem Parteivorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke nur noch Repräsentationsaufgaben verblieben. Auf Landesebene wiederholte sich diese Entmachtung der Vorstände. Für den reibungslosen Befehlsfluss von oben nach unten sorgte in Mecklenburg der Landessekretär Hansjürgen Rösner; der Landesvorsitzende Reinhold Lobedanz, der als einziger Landesparteichef die Parteisäuberung 1950 überstanden hatte, fungierte im Amt des Länderkammerprä-

innerhalb der politischen Organisation der Gesellschaft während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945–1949), Berlin-Ost 1984.

5 Vgl. Christian SCHWIEßELMANN, *Norddeutsch, protestantisch, liberal – Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern*, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 13 (2006), S. 25–46. Vgl. auch DERS., *Die CDU in Mecklenburg und Vorpommern 1945 bis 1952. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes. Eine parteiengeschichtliche Darstellung*, Diss., Rostock 2008 (Druck 2010: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 58).

6 Vgl. Stephan ZEIDLER, *Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–53*, Hamburg 1996.

sidenten als altväterliches „Aushängeschild“ der mecklenburgischen Union. Als die SED auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 den Aufbau des Sozialismus beschloss und die verfassungsmäßige Ländergliederung mit einem Federstrich beseitigte, wurden die bürgerlichen Parteien gar nicht erst gefragt. Ohne Gegenwehr übernahmen die Blockparteien die Bezirksgliederung und verankerten diese sowie den „demokratischen“ Zentralismus als neues Organisationsprinzip in ihrer Satzung. Der Landesverband Mecklenburg wurde aufgelöst, an seine Stelle traten nun die Bezirksverbände Neubrandenburg, Rostock und Schwerin.

Im Nachfolgenden geht es weniger darum, die Entwicklungslinien der CDU in den drei Bezirksverbänden im Norden in chronologischer Folge zu skizzieren.⁷ Vielmehr soll in einem systematischen Aufriss der Frage nach der Bedeutung der christlichen Blockpartei im sozialistischen Mehrparteiensystem der DDR nachgegangen werden. Hinzu kommen weitere erkenntnisleitende Fragen: Welche Mechanismen und Instrumentarien benutzte die SED zur Anleitung und Kontrolle der CDU-Bezirksverbände? Änderte sich die Funktion der Satellitenparteien im Verlauf der DDR-Geschichte auf Bezirksebene? Als Arbeitshypothese steht im Raum, dass es sich bei der Ambivalenz zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung der CDU und der anderen kleinen Blockparteien um ein Phänomen handelte, das systemimmanent war und aus dem auszubrechen erst nach der Herbstrevolution 1989 gelang.

2. Anleitung- und Kontrollmechanismen der SED

Im Gegensatz zu den reinen kommunistischen Einparteiensystemen in der UdSSR, Rumänien und Ungarn war die Einparteienherrschaft der SED in der DDR durch die Existenz mehrerer kleinerer Parteien camouffiert. CDU und LDP wurden mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht von eigenständigen Parteien zu SED-abhängigen Blockparteien transformiert, DBD und NDPD waren dies von Anfang an. Letztere verdankten ihre Gründung 1948 dem sowjetischen Wunsch nach Schwächung des bürgerlichen Lagers, das der Sowjetisierung von Staat und Gesellschaft immer noch wirksamen Widerstand entgegengesetzte. Die nichtkommunistischen Parteien hatten dreierlei Funktionen im politischen System der DDR: (1) eine Alibifunktion zur Verschleierung der SED-Diktatur, (2) eine gesamtdeutsche Funktion zur politischen Arbeit in der Bundesrepublik und (3) eine Transmissionsfunktion, die sich bei der CDU vor

⁷ Siehe dazu Christian SCHWIEBELMANN, *Die CDU im Norden der DDR 1952 bis 1961. Ein Blick hinter die Kulissen einer Blockpartei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin*, in: *Zeitgeschichte Regional 1* (2009), S. 37–57.

allem auf die Transmission der SED-Politik in die christlichen Bevölkerungskreise beschränkte.⁸

Der Parteiapparat der SED als Anleitungsorgan

Wegen dieser systemstabilisierenden Funktionen gehörten die kleineren Blockparteien neben den Massenorganisationen und dem vollkommen kommunistisch penetrierten Staatsapparat zu den wichtigsten Machtstützen der SED. Zur Kontrolle der „Blockpartner“ und „befreundeten Organisationen“ hatten die Einheitssozialisten spezielle innerparteiliche Anleitungsmechanismen entwickelt, die alle Parteigliederungen durchzogen. In ihrem ZK-Apparat existierten Abteilungen, ohne deren Einwilligung keine wichtige Personal- und Sachentscheidung in den Blockparteien gefällt werden durfte. Spiegelbildlich zum ZK richtete die SED in ihren Bezirks- und Kreisleitungen Abteilungen für „Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen“ ein. Innerhalb dieser Abteilungen war ein Sektor „Befreundete Organisationen“ dafür zuständig, sich „mit den Problemen der ideologischen, politischen und organisatorischen Arbeit der Blockparteien“⁹ zu beschäftigen. Die dort beschäftigten Instruktoren waren gut vernetzt, trafen sich zu regelmäßigen Arbeitsberatungen und sollten die „befreundeten“ Parteien und Organisationen direkt anleiten. So sah der Arbeitsplan des Instruktors Günter Wroblewski in der Rostocker SED-Bezirksleitung regelmäßige Aussprachen mit den Vorsitzenden der anderen Blockparteien vor. Der SED-Instruktor sollte die einzelnen Kreise visitieren und das Sekretariat der Bezirksleitung sowie das ZK darüber informieren.¹⁰

Die SED verfügte damit über ein Sensorium, um die politischen Einstellungen in den kleineren Blockparteien zu erfassen. Bei der Überprüfung des Kreises Ribnitz-Damgarten konstatierte Wroblewski beispielsweise, dass die Verhaftung des CDU-Außenministers Georg Dertinger im Januar 1953 die innere Lage der Union verändert habe. Die Mitglieder äußerten ihre Meinungen nur noch zurückhaltend, da sie mit weiteren Verhaftungen rechneten.¹¹ In den Kreisen Grimmen, Wolgast und Rügen war die CDU nach Ansicht des Instruktors sogar zu offener „Feindtätigkeit“ übergegangen. Die Einheitspartei währte die Ostbüros der West-CDU und West-SPD am Wirken und ließ vom Staatssicherheitsdienst vier CDU-Funktionäre festnehmen. Angesichts der

8 Vgl. Hermann WEBER, *Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 16–17/96*, S. 3–11.

9 LAG (Landesarchiv Greifswald) Rep. IV/2/15/1366, Bl. 34, Direktive des ZK der SED über die Arbeitsweise der Abteilung Leitende Organe der Partei- und Massenorganisationen beim ZK und den Landesleitungen vom 18.2.1952.

10 Vgl. LAG Rep. IV/2/15/1368, Bl. 1–31, Arbeitspläne für das Fachgebiet „Befreundete Organisationen in der Bezirksleitung, hier: Bl. 3.

11 Vgl. LAG Rep. IV/2/15/1366, Bl. 39–41, Bericht des Instruktors für befreundete Organe vom 15.1.1953.

Agentenhysterie zeigte sich selbst der CDU-Bezirkstagsabgeordnete Anton Lorenz aus Wismar verunsichert: „Jetzt ist Dertinger dran, wann wird Nuschke dran sein? Dann sind wir fertig“.¹²

Aufmerksam registrierte die SED im Bezirk Rostock zudem die Reaktion der Union auf die Enteignung der Ostseehotellerie im Rahmen der Aktion „Rose“ 1953. Diese Willkürmaßnahmen, eine Variation des stalinistischen Terrors jener Zeit, hatten die CDU-Mitgliedschaft ebenso verängstigt wie die Bevölkerung. Massenhaft kehrte sie ihrer ohnmächtigen Partei den Rücken. Die SED-Bezirksleitung sah die CDU im Krisenjahr 1953 in einer ernsten Situation, prangerte die „Inaktivität“ der Unionsbasis und die „Dominanz reaktionärer Kräfte“ an. Zielstellung der SED-Instrukteure war es deshalb, die „Reaktionäre“ unschädlich zu machen und „progressive Funktionäre“ zu stärken. Um diese Differenzierungstaktik durchzusetzen, sollten sie Einfluss auf die Kaderpolitik der CDU nehmen. Zuvor musste sie in Erfahrung bringen, „wen kann man durch progressive Kräfte in den Kreis- bzw. Bezirksvorstand lancieren“.¹³ Bei der vom CDU-Hauptvorstand forcierten Auswechslung „unzuverlässiger Funktionäre“ musste der SED-Apparat Obacht geben, dass nicht die falschen, „positiven“ Kräfte ihr Amt verloren.

Insbesondere in den 1950er Jahren fielen die Einschätzungen der SED-Sektorenleiter über die „befreundeten“ Parteien wenig freundlich aus. Das Misstrauen der Einheitssozialisten gegenüber den anderen Blockparteien saß noch tief. Im Bezirk Schwerin rieb sich z. B. die NDPD an der Bezeichnung als „kleinbürgerlich-demokratische Partei“, die sich innerhalb der Staatspartei für die kleinen Parteien eingebürgert hatte. Die SED musste sich eingestehen, dass es den Blockparteien nicht gelang, die bürgerlichen Schichten der Bevölkerung anzusprechen. Der Hauptvorwurf lautete, dass es die Funktionäre der Blockparteien nicht verstünden, in der Sprache dieser Schichten zu sprechen und deshalb ihr Einfluss so gering wäre. Statt sich um ihre Aufgaben zu kümmern, träten CDU und LDP in Konkurrenz zur SED bzw. DBD und würden verstärkt um Arbeiter und Bauern.¹⁴

Die SED-Bezirksleitungen waren im Bilde über die Mitgliederentwicklung der Blockparteien, die Stärkeverhältnisse in den Volksvertretungen sowie über deren soziale Zusammensetzung. Insbesondere das Interesse an der sozialen Schichtung der Blockparteimitglieder verriet, dass bei aller Suprematie der Einheitspartei ein gewisses politisches Konkurrenzdenken immer noch vorhanden war. CDU und LDP standen dabei unter stärkerer Beobachtung als

12 Ebd. Bl. 57, Bericht über die Tätigkeit der befreundeten Organisationen im Bezirk Rostock vom 21.3.1953.

13 Ebd. Bl. 217, Auswertung der Arbeitsberatung der Instrukteure für befreundete Organisationen beim ZK der SED am 24.11.1953. Anmerkung: „Gen. Mewis zur Kenntnis“.

14 Vgl. LHAS (Landeshauptarchiv Schwerin) 10.34-3-1653, Bericht für Parteiinformation vom 28.5.1954.

NDPD und DBD. In den Agrarbezirken Neubrandenburg und Schwerin ließ die SED eruieren, wie viele Großbauern mit über 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche der CDU angehörten. Stärkeren Einfluss beider Parteien vermutete sie in den Altbauerndörfern der Landkreise Perleberg und Hagenow im Bezirk Schwerin. Allerdings war auch der SED nicht verborgen geblieben, dass das Parteileben der Christdemokraten Mitte der 1950er Jahre in Apathie verfallen war.¹⁵

Die Kontrollsucht der Einheitspartei ging so weit, dass sie selbst die Zusammensetzung der Orts- und Kreisvorstände der Blockparteien mitbestimmen wollte. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin, Bernhard Quandt, forderte alle 1. Sekretäre der Kreisleitungen im November 1959 unmittelbar vor den Kreisdelegiertenkonferenzen der anderen Blockparteien dazu auf, dass deren neu zu wählenden Kreisvorstände vorab mit den SED-Parteistellen „durchzuberaten“ seien. Nur Mitglieder mit einer positiven „Einstellung zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat“ dürften in den Kreisvorstand gelangen. Zu jeder Partei hatte die Bezirksleitung einen Fragekatalog, der von den Kreisleitungen abzuarbeiten war. Im Falle der Union wollte die SED-Bezirksleitung Schwerin wissen, ob es Tendenzen gab, „daß die CDU (besonders auch in den Ortsgruppen) als Interessenvertreter bestimmter Schichten (z. B. Kirche, Großbauern usw.) auftritt“. Zudem stellte sich die Frage nach der „Opposition in der Mitgliedschaft gegen die politische Linie der CDU“.¹⁶ Damit war klar, dass selbst die Zusammensetzung des ehrenamtlichen CDU-Kreisvorstandes einer Genehmigung durch die SED bedurfte. In Zweifelsfragen hatten die Kreisleitungen Beurteilungen anzufertigen, die der Bezirksleitung dann als Entscheidungshilfe dienten.¹⁷

Partiell drangen die örtlichen Probleme bis zum ZK der SED vor. Die SED-Bezirksleitungen waren verpflichtet, an den Bezirksdelegiertenkonferenzen der anderen Blockparteien teilzunehmen und eine Grußadresse an die Delegierten zu richten. Im Ergebnis dieses Freundschaftsrituals entstanden Berichte über die Konferenzen, die der für Blockparteien zuständigen ZK-Abteilung vorgelegt wurden. Über die VII. Bezirksdelegiertenkonferenz der CDU in Neubrandenburg 1964 berichtete der SED-Bezirkssekretär Heinz Hermann kritisch nach Berlin: „Die Notwendigkeit einer stärkeren Wirksamkeit des Bezirksverbandes unter der gesamten christlichen Bevölkerung wurde zwar ange-

15 Vgl. LHAS 10.34-3-1655, Zusammenstellung von Fragen der Arbeit der Blockparteien auf dem Lande.

16 LHAS 10.34-3-1657, Schreiben der SED-BL Schwerin an alle KL im Bezirk Schwerin vom 16.11.1959.

17 Vgl. LHAS 10.34-3-1666, Bl. 87, Schreiben der SED-KL (Kreisleitung) Parchim an die BL, Büro Quandt, 17.4.1956. Vgl. ebd. Bl. 94, Schreiben der SED-KL Bützow an die BL, Büro Quandt, 2.5.1956. Es enthielt die Einwilligung der Bützower Genossen, dass der Bützower Pastor Schmidt in den CDU-Bezirksvorstand gewählt wurde.

sprochen, musste aber noch einmal im Diskussionbeitrag des Genossen Hermann bekräftigt werden“¹⁸. Wie die handschriftliche Glosse des ZK-Bearbeiters offenbarte, hatte man in der SED-Zentrale eine andere Auffassung dazu: „Das ist nicht die Aufgabe der CDU – das müssten die Genossen der BL [Bezirksleitung] eigentlich wissen!“¹⁸

In den 1970er und 1980er Jahren nahm die unmittelbare Intervention der SED in die parteiinternen Angelegenheiten der CDU und anderer Blockparteien tendenziell ab. Dies war vor allem der Selbstdisziplinierung der Blockparteien geschuldet. Nicht mehr die SED, sondern die linientreuen Funktionäre sorgten für die Ausschaltung von Dissidenten und Nonkonformisten in den eigenen Reihen. Beispielsweise zog die CDU 1967 den Berliner Theologie-Professor Hans-Hinrich Jenssen als Volkskammerkandidaten zurück, nachdem dieser auf einer CDU-Mitarbeiterkonferenz den Kirchentag der Evangelischen Landeskirche Greifswald anders beurteilte, als es die Parteilinie vorsah. Jenssen hatte sich für den scharf attackierten Landesbischof Friedrich-Wilhelm Krummacker starkgemacht und den staatlichen Organen Versagen vorgeworfen, weil sie den Kirchentag bei der Essenversorgung und der Bereitstellung von Omnibussen boykottiert hatten. Damit war er als CDU-Volkskammerabgeordneter in den Augen des Parteivorsitzenden Gerald Götting nicht mehr tragbar.¹⁹

Natürlich ließ sich die Einheitspartei auch in der Spätphase der DDR weiterhin über die Blockparteien berichten. Den entsprechenden Abteilungen und Sektoren der Einheitspartei standen bis zum Zusammenbruch des Realsozialismus 1989 sämtliche vertrauliche Dokumente, Protokolle und Berichte der Blockparteien zur Verfügung. Es gab nichts von Belang, was nicht über den Tisch des SED-Bezirkssekretariats – und sei es nur auf Referentenebene – ging. Geheimniskrämerei innerhalb der Blockparteien war der SED ein Dorn im Auge. So notierte der Mitarbeiter des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg in Vorbereitung eines Gespräches von Johannes Chemnitzer mit den Bezirksvorsitzenden: „Wichtige Aufgabe ist die Information. Unsere Kreisleitungen sind daran interessiert, dass sich der Informationsfluss von den Kreisvorständen zu den Kreisleitungen kontinuierlicher gestaltet. Es gibt Auffassungen bei Kreissekretären der befreundeten Parteien, dass sie ohne Aufforderung keine Informationen geben. Einige Kreissekretäre der befreundeten Parteien tun oft so, als gäbe es gegenüber den Kreisleitungen Geheimnisse. Solche Auffassungen dürften den Einschätzungen von der kameradschaftlichen

18 SAPMO-BArch (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv) DY 30/IV A 2/15/63, Bericht der SED-BL Neubrandenburg (Nbg.) über die VII. Bezirksdelegiertenkonferenz des CDU-BV Nbg., o. D.

19 Vgl. SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/15/50, Schreiben des CDU-Parteivorsitzenden Gerald Götting an das ZK der SED, Gen. Köhler, 15.6.1967.

Zusammenarbeit mit der SED entgegenstehen“.²⁰ Gemeint waren damit vor allem die CDU-Kreissekretäre in den Kreisverbänden Altentreptow, Demmin, Malchin, Pasewalk, Teterow und Waren. In Waren und Altentreptow weigerten sich die CDU-Funktionäre, den Mitarbeitern der SED-Kreisleitung Auskunft über die Mitgliederbewegung innerhalb der CDU zu geben. Besonders befremdete die SED, dass die CDU aufnahm, „wer aufgenommen werden will und wenn es Bürger sind, die bereits das Rentenalter erreicht haben“.²¹

CDU-eigene Kontrollinstrumente

1950 hatte die CDU nach dem Vorbild der SED damit begonnen, die Partei mithilfe von Instruktoren auf die Linie des gleichgeschalteten Hauptvorstandes zu bringen. Das Instruktorswesen war Ausdruck der Parteientransformation der Union zu einer Kaderpartei. Noch während der Parteisäuberung setzte die Hauptabteilung Organisation Oskar Amthor als Chefinstrukteur ein, der in dieser schwierigen Phase allerdings relativ planlos agierte. Im Februar 1953 strukturierte der Generalsekretär das Instruktorswesen um. Er richtete ein Referat „Operativer Einsatz“ ein, das Aribert Konieczny leitete, welchem wiederum die Parteiinstruktoren Franz Lukowiak und Oskar Amthor unterstellt waren. Zur besseren Planbarkeit der Einsätze wurde das Gebiet der DDR in drei Instruktorsbezirke eingeteilt: (1) Rostock – Schwerin – Neubrandenburg – Suhl – Berlin; (2) Potsdam – Frankfurt – Cottbus – Dresden; (3) Magdeburg – Halle – Erfurt – Gera – Leipzig. Nach der Überprüfung der Kreis- bzw. Bezirksverbände hatten die Instruktoren nach einem verbindlichen Schema Berichte zu verfassen, die vor allem auf die Beseitigung von Mängeln in der Parteiarbeit abstellten.²²

In den CDU-Bezirksverbänden des Nordens ließ die Parteileitung vermehrt 1953/1954 solche Instrukteurseinsätze durchführen, weil sich die Parteiarbeit auf einem Nullpunkt befand. Der Instrukteur Franz Lukowiak fungierte dabei als der verlängerte Arm der SED-Politik, die er gegen den Widerwillen der meisten Mitglieder durchsetzen sollte. Als Lukowiak im März 1954 den Bezirk Rostock inspizierte, traf er wie in Greifswald auf zahlreiche kompromisslose Kreisfunktionäre: „Der Kreisvorsitzende Ufrd. [Unionsfreund] [Walter] Lehmann hat scheinbar noch nicht begriffen, was die führende Rolle der Arbeiter-

20 LHAS IV/C/2.15/565, Papier des Mitarbeiters des 1. Sekretärs der SED-BL Nbg., Gen. Fröse, zur Vorbereitung des Treffens mit den Bezirksvorsitzenden der Blockparteien, o. D.

21 LHAS IV/C/2.15/564, Information der SED-BL Nbg. über die Mitgliederbewegung in den befreundeten Parteien, Gen. Fröse, 3.4.1973.

22 Vgl. ACDP (Archiv für Christlich-Demokratische Politik) 07-011-1365, Bericht der CDU-Hauptabteilung Organisation über die Tätigkeit der Instruktoren der Parteileitung, 21.9.1953. Vgl. auch ebd., Schema des Instrukteur-Berichts.

klasse bedeutet, denn bei dem Vorschlag des Instruktors, eine Grußadresse an den IV. Parteitag der SED zu verfassen und den Kreissekretär der SED zur Kreisdelegiertenkonferenz einzuladen, meinte Ufrd. Lehmann, dann geben wir die Selbstständigkeit unserer Partei auf. An diesem Ausspruch erkennt man, welche Unklarheit selbst im Kreisvorstand vorhanden sein muß und hier muß eine intensive Aufklärungs- und Schulungsarbeit geleistet werden, um die Unionsfreunde von der Richtigkeit des Weges der CDU zu überzeugen“.²³

Gerade in den krisenhaften 1950er Jahren glichen die Instruktureinsätze der CDU-Parteileitung mehr den Löscheinsätzen der Feuerwehr als einem weitsichtigen, strategischen Vorgehen. Im August 1953 musste der Instrukteur Aribert Konieczny bei seiner Inspektion des Kreisverbandes Wolgast deeskalierend eingreifen, nachdem der CDU-Stadtrat Kotte aufgrund angeblich staatsfeindlicher Äußerungen in der Einwohnerversammlung inhaftiert worden war. Der Vorfall hatte sich mit den üblichen Verzerrungen und Ausweitungen bis in die SED-Bezirksleitung Rostock herumgesprochen, so dass der 1. Sekretär Karl Mewis im Bezirksblockausschuss beklagte, die CDU habe zur Sabotage der Ablieferung auf der Insel Usedom aufgerufen. Da der Kreissekretär Holtfoth nicht intervenierte, wurde er abberufen.²⁴ Ein ähnlicher Sondereinsatz war zwei Monate später im Kreisverband Malchin in der Ortsgruppe Gielow vonnöten, weil der Bezirksvorstand Neubrandenburg 70 Mitglieder wegen Passivität aus der Partei ausgeschlossen hatte. Diese hatten seit 1950 keine Beiträge mehr gezahlt und sich geweigert, an den Parteiveranstaltungen teilzunehmen. Sie opponierten gegen den offiziellen Kurs der CDU unter Otto Nuschke. Die Ursache dafür suchte die Partei im Wirken des geflüchteten ehemaligen Kreissekretärs Schwäbig und des Ortsgruppenvorsitzenden Mamerow. Ernüchternd hieß es dazu im Instrukteursbericht: „Die Parteiarbeit ist vollkommen eingeschlafen und es muß schnellstens eine Aktivierung der Parteiarbeit erfolgen“.²⁵

Die Instruktureinsätze wiederholten sich in späteren Jahrzehnten unter der Bezeichnung „Brigadeeinsätze“. Dabei erfuhr die Parteileitung manches Mal, was ohnehin schon jeder wusste, nämlich dass einige Kreissekretäre ihre Mitgliederbilanzen „frisieren“. Eine solche Manipulation fiel der Brigade Erfurth z.B. bei der Untersuchung der Jahresstatistik 1975 des Bezirksverbandes Schwerin ins Auge. In Lübz hatte der Kreissekretär 1973/1974 insgesamt 35 Neuaufnahmen fingiert. Der Kreissekretär wurde vom Bezirkssekretariat mit einer Disziplinarstrafe belegt und seine Absetzung nach Rücksprache mit dem

23 Ebd., Bericht von Franz Lukowiak über seinen Einsatz vom 4.3. bis 26.3.1954 in verschiedenen Bezirken, 1.4.1954.

24 Vgl. ebd., Instrukteursbericht von der Überprüfung des KV Wolgast am 12.8. u. 14.8.1958, 17.8.1953.

25 Ebd., Instrukteursbericht über den Sondereinsatz im BV Nbg. am 5. u. 9.10.1953, 9.10.1953.

Sekretariat des Hauptvorstandes vorbereitet. Vom Gadebuscher Kreissekretär Manfred Schöwe trennte sich der Bezirksverband aufgrund unseriöser Werbemethoden sofort. Der Schweriner Bezirksvorsitzende Hans Koch veranlasste, dass die Regeln des Aufnahmeverfahrens strikter eingehalten wurden.²⁶ Im Kreisverband Hagenow kritisierten die Instrukteure der Parteileitung 1984 falsche statistische Angaben im Hinblick auf die Veranstaltungsdurchführung und die Mitgliederbeteiligung daran. Der Kreissekretär Gerhard Schwarz wurde „eindringlich“ aufgefordert, „exakte und wahrheitsgetreue Angaben zu machen“.²⁷

Die Berichte der Brigadeeinsätze in den 1970er und 1980er Jahren fingen zunehmend auch die kritischen Stimmen der Basis zu den realsozialistischen Alltagsproblemen ein, den Versorgungsmängeln und Vernachlässigungen des Straßenbaus sowie der Altbausubstanz. In christlichen Kreisen und unter Pfarrern waren sogar Zweifel an der Richtigkeit des sozialistischen Menschenbildes, der Allmacht des SED-Politbüros sowie an den Einschränkungen der Bürger- und Menschenrechte zu vernehmen.²⁸

Die Brigadeeinsätze ermöglichten der Parteileitung im Kontrast zur parteiinternen Berichterstattung einen ungeschönten Blick auf die Parteiarbeit vor Ort. Nach Einsätzen im Bezirksverband Schwerin 1984 bilanzierte die zuständige Abteilung Parteiorgane beim CDU-Hauptvorstand die Mängel: Tatsächlich versammelten sich manche CDU-Ortsgruppen nur einmal pro Jahr anstatt quartalsweise, wie es vom Sekretariat des Hauptvorstandes vorgeschrieben war. Die „gesellschaftliche Mitverantwortung“ lastete zumeist auf den Schultern weniger hauptamtlicher „Multifunktionäre“, während sich die Parteibasis völlig passiv verhielt. Die Maßnahmepläne der Kreisverbände glichen oft denen des Vorjahres und auch die Verbindungen in den kirchlichen Raum waren in den meisten Fällen formeller Natur.²⁹

Als Instrument zur „ideologischen Klärung“ und Steuerung der CDU darf das Instrukteurswesen nicht unterschätzt werden. Dies gilt umso mehr, als die vertraulichen Berichte wichtiger CDU-Brigadeeinsätze wie z. B. während der Vollkollektivierung der Landwirtschaft um 1960 der Abteilung „Befreundete Organisationen“ im ZK-Apparat der SED zugespielt wurden.³⁰

26 Vgl. ACDP 07-011-5690, Mitteilungen der Brigade Erfurth an Ufr. (Unionsfreund) Lechtenfeld betr. Einsatzes im BV zur Untersuchung einiger Ergebnisse der Jahresstatistik 1974 vom 26.3.1975. Vgl. auch ebd., Schreiben des CDU-Bezirksvorsitzenden Hans Koch an alle KV vom 7.1.1975.

27 Ebd., Bericht über die Wirksamkeit der Brigade im KV Hagenow vom 10. bis 21.9.1984.

28 Vgl. ebd., Bericht des Brigadeeinsatzes des SHV, Abt. Parteiorgane, vom 27.3. bis 30.3. im Bezirksverband Schwerin zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 1979, 6.4.1979.

29 Vgl. ebd., Schreiben des SHV, Abt. Parteiorgane, Sektorenleiter Ruminski, „Hinweise, die sich aus dem Brigadeeinsatz im Bezirksverband Schwerin ergeben“, 19.11.1984.

30 Vgl. SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/44, Bl. 310–312, Bericht über den Einsatz einer Brigade der CDU-Parteileitung im Kreisverband Hagenow, Bezirk Schwerin, 13.8.1959. Der

Demokratischer Block und Nationale Front

Die „antifaschistischen Einheitsfrontausschüsse“, in die die Parteien in der SBZ gewissermaßen hineingegründet waren, wurden 1949 in „Demokratischer Block“ umbenannt. Der „antifaschistische“ Gründungsmythos der DDR bezog seine Legitimation zu einem Großteil aus der Existenz dieser Blockausschüsse. Nach dem Einstimmigkeitsprinzip herrschte hier 1945 zunächst Parität zwischen den vier Parteien, die aber schon 1946 durch die Bildung der Einheitspartei aufgehoben wurde. Infolge der Einbeziehung der 1948 gegründeten Konkurrenzparteien DBD, NDPD und der Massenorganisationen verschmälerte sich der Spielraum von CDU und LDP zusätzlich.

Ursprünglich als vorparlamentarische Institutionen vorgesehen, blieben die Blockausschüsse auch nach der Konstituierung der Landesparlamente 1946 und der Einrichtung von Bezirkstagen 1952 bestehen. Hier wurden wichtige Entscheidungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation der SBZ/DDR im Sinne der SED präjudiziert. Wenngleich die Bedeutung der Ausschüsse nach Gründung der DDR und der Nationalen Front 1949 zurückging, waren die regelmäßigen Blocksitzungen ein wesentliches Instrument der SED zur Kontrolle der nichtkommunistischen Parteien. Insbesondere in den 1950er Jahren waren diese Disziplinierungsmechanismen in den drei Nordbezirken noch sichtbar.

Nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 musste sich z. B. der CDU-Bezirksvorstand Rostock im Bezirksblockausschuss scharfe Kritik gefallen lassen. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl Mewis kritisierte heftig, dass der Vorstand untätig blieb, als Mitglieder in Grevesmühlen und Wolgast zum Sturz der „Volksmacht“ aufriefen.³¹ Für die Einheitspartei sprach die Union mit doppelter Zunge: Während in den Kreisverbänden sogar die Blockpolitik in Frage gestellt worden sei, würden die CDU-Vertreter in den Bezirksblocksitzungen stets „positive Erklärungen“³² abgeben. Eine solche Erklärung des CDU-Bezirksvorsitzenden Otto Sadler nutzten die DBD- und NDPD-Blockvertreter im Oktober 1953 zu weiteren Attacken gegen die Union, die immer noch „Provokateure“ beherberge. Diese Reibereien unter den „kleinen“ Parteien setzten sich in den Folgejahren fort. Der stellvertretende Rostocker Bezirksvorsitzende Johannes Jüsgen protestierte bei der SED-Bezirksleitung gegen das Auftreten der NDPD, die der CDU ihre Rolle als Mittelstandspartei streitig machen wollte und den Vorsitz in der Handwerkskammer und der IHK auf Bezirksebe-

Bericht wurde der SED-Bezirksleitung Schwerin vom ZK zur Verfügung gestellt. Siehe dazu Bl. 309, Schreiben der BL Schwerin an das ZK der SED vom 10.11.1959.

31 Vgl. LAG (Landesarchiv Greifswald) Rep. IV/2/15/1368, Bl. 46–48, Sitzungsprotokoll des Demokratischen Blocks im Bezirk Rostock vom 3.9.1953.

32 LAG Rep. IV/2/15/1366, Bl. 148, Gesamteinschätzung der vier Bezirksvorstände der befreundeten Organisationen im Bezirk Rostock vom 13.7.1953.

ne für sich beanspruchte.³³ Die SED befand sich als „führende“ Partei in der komfortablen Situation eines Schiedsrichters wieder.

Sowohl im Bezirksblockausschuss Rostock als auch im Schweriner Pendant hatte die SED im Sommer 1953 Entschließungen eingebracht, um die Blockpolitik auf Kreisebene zu revitalisieren. Eine SED-interne Mängelanalyse hatte ergeben, dass in erster Linie die Grundorganisationen und Kreisleitungen der Einheitspartei die „Arbeit mit den anderen Parteien“ unterschätzten. So habe es die SED verabsäumt, den progressiven Kräften in den anderen Parteien die nötige Unterstützung zu geben. Die Einheitspartei sagte vor allem jenen Genossen den Kampf an, die Blockparteien generell missachteten oder abwerteten. In Hagenow maßregelte die SED-Kreisleitung ihren Parteisekretär Kubat, der in Gegenwart des CDU-Stadtrates Max Christiansen erklärt hatte, dass man die Unionsmitglieder bei Abstimmungen nicht gebrauchen könne, da die gesamte Partei ein „unzuverlässiger Haufen“³⁴ sei. Immer wieder ist in den Blockprotokollen der 1950er Jahre von „sektiererischen“ Erklärungen einzelner SED-Genossen gegenüber den Blockparteien die Rede, die es auszumerzen gelte.

Unter dem Dach der Nationalen Front waren neben den Parteien und Massenorganisationen weitere gesellschaftliche Träger, Vereinigungen und Verbände versammelt, so dass die SED dieses noch umfassendere bündnispolitische Machtinstrument zur „sozialistischen Volksbewegung“ und zu einem „untrennbaren Bestandteil der sozialistischen Demokratie“³⁵ stilisieren konnte. Die Mitarbeit der CDU in den örtlichen Ausschüssen der Nationalen Front ließ in den 1950er Jahren aus Sicht der Einheitspartei zu wünschen übrig. Der Kreissekretär der Nationalen Front Ludwigslust beklagte sich 1954 in einer Schweriner Konferenz des Bezirksblocks über die Teilnahmslosigkeit der Union: „Der Zustand in der CDU ist so, daß in einem dreiviertel Jahr jetzt der 3. Kreissekretär da ist und daß wir als Kreisausschuss der Nationalen Front durch die CDU so gut wie gar keine Unterstützung haben“.³⁶ Faktisch lastete die Mitarbeit in der Nationalen Front auch hier wieder auf dem Rücken des hauptamtlichen Kreisfunktionärs.

33 Vgl. LAG Rep. IV/2/15/1367, Schreiben der SED-BL Rostock an das ZK der SED vom 2.12.1954.

34 LHAS 10.34-3-1653, Beschluss der SED-BL Schwerin zur Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros über die Verbesserung der Blockarbeit, o. D.; vgl. ebd., Scheiben des ZK an die 1. Sekretäre der BL und KL vom 25.8.1953 betr. Maßnahmen zur Aktivierung der Blockpolitik. Siehe auch Bericht über die „Lage in den Blockparteien im Bezirk Schwerin und die Verbesserung derselben“.

35 *Kleines Politisches Wörterbuch*, Berlin (Ost) 1973, S. 576.

36 LHAS 10.34-3-1654, Sitzungsprotokoll der Bezirksblockkonferenz vom 24.6.1954 im Haus der Pioniere Schwerin.

Durch die Bildung der Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ in der Nationalen Front versuchte die SED Mitte der 1950er Jahre auf dem Feld der Kirchenpolitik an Boden zu gewinnen, nachdem die CDU ihre Transmissionsaufgabe nur unzureichend erfüllte. Allerdings zeigte sich auf regionaler Ebene auch, dass die Arbeit der Nationalen Front auf eben die gleichen Schwierigkeiten stieß, mit denen auch die CDU im kirchlichen Raum zu kämpfen hatte. Die Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ kamen in den Nordbezirken oft erst Anfang der 1960er Jahre zustande, ihre Aktivitäten beschränkten sich – wie die Bezirksorganisation der Nationalen Front Neubrandenburg einschätzte – „vornehmlich auf Mitglieder der CDU“.³⁷ Im Bezirk Schwerin war z. B. der Pastor Dietrich Scheidung aus Boizenburg über Jahre hinweg Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe der Nationalen Front.

Die Strukturen von Blockpolitik und Nationaler Front verknöcherten in den 1970er und 1980er Jahren zunehmend. Das Treffen der Blockparteien auf Bezirksebene war Ende der 1980er Jahre zu einem formellen Ergebnisritual verkommen, das kaum noch steuernde oder anleitende Wirkung hatte.³⁸ Mit Sorge beobachtete die SED die schwindende Bindungskraft der CDU bei Theologen und kirchlichen Mitarbeitern. Im Bezirksverband Schwerin ging die Anzahl der Pastoren mit Unionsparteibuch im Zeitraum von 1980 bis 1986 von 12 auf 11 zurück, rückläufig waren auch der Anteil kirchlicher Mitarbeiter (von 31 auf 24) und der Anteil ehrenamtlicher Kirchgemeinderäte bzw. Pfarrvorstände (449 auf 352, in Prozent: 7 auf 4,9) an der Mitgliedschaft. Dies war umso erstaunlicher, als der Bezirksverband im selben Zeitraum um 800 auf 7.237 Mitglieder anwuchs.³⁹ Die SED-Bezirksleitung Schwerin erklärte sich die Erosion der christlichen Milieuverankerung nicht mit dem systemischen Defekt der Block- und Bündnispolitik, sondern mit einer gewissen „Oberflächlichkeit“ in der politischen Arbeit: „Pastoren halten wenig von der Partei und ihren Funktionären, die in der CDU organisierten Pastoren haben häufig nicht das beste Ansehen bei ihren Amtsbrüdern“.⁴⁰

Das Ministerium für Staatssicherheit

Das Ministerium für Staatssicherheit war nach der sowjetischen Besatzungsmacht wohl eine der wichtigsten Stützen der SED-Herrschaft. Schon recht frühzeitig nach seiner Gründung 1950 hatte es mit der Beobachtung der Block-

37 Zit. n. Georg DIEDERICH, *Nationale Front und SED-Kirchenpolitik 1949–1961. Regionalstudie an Beispielen aus dem Norden der ehemaligen DDR*, Schwerin 1999, S. 102.

38 Vgl. Klaus SCHWABE, *Ende einer Illusion. Hoffnungen und Enttäuschungen aus 40 Jahren DDR*, Schwerin 1999, S. 144–146.

39 Vgl. LHAS 10.34-3-4933, Bl. 17, Schreiben der Abt. Staat, Recht und Eingaben, Gen. Erich Langschwager, an Gen. Heinz Ziegner, 27.5.1987.

40 Ebd. Bl. 13, Schreiben der Abt. Staat, Recht und Eingaben vom 30.6.1987.

parteien begonnen. Die CDU geriet vor allem wegen der Tätigkeit des Ost-Büros ins Visier des Staatssicherheitsdienstes. Das Ost-Büro ging aus dem West-Berliner Büro des abgesetzten SBZ-CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser hervor, das er als Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen nach Kräften unterstützte. Das MfS betrachte das Kaiserministerium als „Bonner Sabotageministerium“ und wollte die „Schädlingsarbeit“ des Ost-Büros unterbinden. Da brisante Informationen über das Unrechtsregime vor allem von geflüchteten Funktionären über die Staatsgrenze transportiert wurden, beauftragte es seine Landesverwaltungen im November 1950 damit, alle geflüchteten CDU-Funktionäre listenmäßig zu erfassen.⁴¹ Ein Jahr später weitete das Ministerium die geheimpolizeiliche Erfassung auf alle Landesvorstände der Blockparteien aus. Das MfS beobachtete nun parallel zum SED-Apparat die Struktur- und Personalveränderungen einschließlich der Mitgliederbewegungen bei ihren Blockpartnern.⁴² Innerhalb von CDU und LDP schien der Geheimdienst eine besondere Feindtätigkeit zu vermuten, da diese beiden Blockparteien gemeinsam mit den Kirchen und Sekten gemäß einer Dienstanweisung des damaligen Staatssekretärs Erich Mielke vom September 1952 von der Abteilung VI in die Abteilung V umgruppiert wurden.⁴³

Aus dem Juni-Aufstand 1953 zog der Staatssicherheitsapparat, der nach Moskauer Vorbild zum Staatssekretariat zurückgestuft und dem Ministerium des Innern angegliedert wurde, die Konsequenzen, das Netz von qualifizierten Geheimen Mitarbeitern (GM) und Geheimen Informatoren (GI) – die Vorläuferbezeichnungen für Inoffizielle Mitarbeiter (IM) – noch engmaschiger zu knüpfen. Eine interne Analyse im August 1953 hatte ergeben, dass die bürgerlichen Parteien im Vorfeld nicht genügend bearbeitet wurden, „wodurch es feindlichen Kreisen innerhalb dieser Parteien möglich war, ihre Positionen zu festigen und in einigen Bezirken Untergrundbewegungen zu entwickeln“.⁴⁴ Unmittelbare Folge war, dass das Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) die Anwerbungen innerhalb der Blockparteien intensivierte. Dies bereitete zu Beginn der 1950er Jahre zwar einige Mühe, aber zur Mitte der Dekade hatten die SfS-Bezirksverwaltungen in allen drei CDU-Bezirksverbänden im Norden der DDR einige effektive Spitzel installiert.

41 Vgl. BStU (Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik) MfS-ZA, Dok. Nr. 002366, Dienstanweisung aus der MfS-Zentrale, Richtlinie I/IVa/50, 9.11.1950.

42 Vgl. BStU MfS-ZA, Dok. Nr. 002062, Dienstanweisung der Abteilung VI MfS-Zentrale, Nr. 1/51.

43 Vgl. BStU MfS-ZA, Dok. Nr. 002071, Dienstanweisung des MfS-Staatssekretärs Mielke an alle BV vom 17.9.1952.

44 Zit. n. Jürgen SCHMIDT-POHL, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Sichtbare und geheime Parteitransformation der CDUD in der SBZ und Mitverantwortungs-Diktatur DDR*, Band II/Teil III–V: *Die geheime Transformation der CDUD-Parteileitung Berlin/BV Schwerin 1950–1989*, Schwerin 2003, S. 43f.

Wie sehr sich der Staatssicherheitsdienst der DDR als „Schild und Schwert“ der Einheitspartei verpflichtet wusste, zeigte sich darin, dass er auch im Umgang mit den Blockparteien die SED-Strategie fortsetzte. 1957 wies der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Rostock, Alfred Krauss, die Kreisdienststellen an zu eruieren, warum die Transmissionsfunktion der Blockparteien in die „kleinbürgerlichen Schichten“ versagte.⁴⁵ Die Rostocker Bezirksverwaltung überwachte die Blockparteien 1959/1960 ferner unter dem Aspekt, ob sie die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in dem agrarisch geprägten Bezirk in ausreichendem Maße unterstützten. Dabei fiel den MfS-Leuten auf, dass der CDU-Kreisverband Wolgast die Politik der Vollkollektivierung hemmte: „In diesem Kreis war es zum Schluß schwierig, die Bauern, die Mitglieder der CDU sind, für die LPG zu gewinnen. Das war besonders auf eine mangelhafte Arbeit des Kreisvorstandes der CDU zurückzuführen“.⁴⁶ Aus diesem Grunde sollten die MfS-Dienststellen die Kandidaten für die neuen Kreisvorstände „aufklären“, Einschätzungen verfassen und „negative“ Kandidaturen durch Rücksprache mit den Bezirksvorständen verhindern.

Die geheimpolizeiliche Kontrolle und die Anleitung der Blockparteien seitens der SED waren eng miteinander verwoben und vollzogen sich nach dem Prinzip „kommunizierender Röhren“. Der jeweilige Leiter der Bezirksverwaltung war kraft Amtes Mitglied der SED-Bezirksleitung und stellte dadurch sogar einen persönlichen Informationsfluss sicher. In mehreren Fällen lassen sich vom MfS erstellte Analysen und Einschätzungen in den Unterlagen der SED-Landes- bzw. Bezirksparteiorganisationen nachweisen. Einen ersten aktenkundigen Bericht über den CDU-Landesverband Mecklenburg verfasste der zuständige Offizier Kluth für die MfS-Landesverwaltung Mecklenburg im August 1950. Danach sei die mecklenburgische Union nach dem Rücktritt des Wirtschaftsministers Siegfried Witte auf einen „fortschrittlichen“ Kurs eingeschwenkt. Misstrauisch vermerkte der MfS-Berichterstatter, dass der Landesvorsitzende Reinhold Lobedanz die CDU nicht mehr als eine bürgerliche, sondern als eine sozialistische Partei herausstrich. Die Stimmungsanalyse des MfS zeigte indessen, dass der Prozess der Parteisäuberung im Sommer 1950 noch nicht abgeschlossen war. Sie listete elf verschiedene Vorkommnisse oppositionellen Verhaltens von CDU-Funktionären im gesamten Land auf und wurde vom Chefinspekteur der MfS-Landesverwaltung Mecklenburg Otto Last der SED-Landesleitung vorgelegt.⁴⁷

45 Vgl. BStU Ast. Rst. BdL Nr. 763, Dienstanweisung der MfS-BV Rostock vom 29.3.1957.

46 BStU Ast. Rst. BdL Nr. 400, Arbeitsrichtlinie zur operativen Arbeit in den Blockparteien unter schwerpunktmäßiger Berücksichtigung der sozialistischen Landwirtschaft, MfS-BV Rostock, 9.6.1960.

47 Vgl. BStU MfS-ZA AS 563/67, Bl. 321–322, Bericht der MfS-Landesverwaltung Schwerin, betr. CDU, gez. Kluth, 5.8.1950. Der Bericht findet sich als Durchschlag und

Ganz ähnlich verhielt es sich mit den Einschätzungen und Charakteristiken des Neubrandenburger CDU-Bezirkssekretariats durch den Vorsitzenden der parteieigenen Bezirksuntersuchungskommission Otto Brockmann. Zwar hatte Brockmann den Auftrag zur Charakterisierung seiner Parteikollegen vom 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Johannes Chemnitzer 1964 erhalten; er verschaffte der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg in seiner Eigenschaft als GI „Roland“ aber eine Nachschrift davon.⁴⁸ Man kann angesichts dieser Umstände von einer doppelten Herrschaftssicherung gegenüber den Blockparteien sprechen, die einerseits auf offiziellem Wege im Rahmen der Bündnispolitik und andererseits subtil durch geheimpolizeiliche Infiltration geschah.

3. Fallbeispiele der geheimpolizeilichen Infiltration der CDU im Norden der DDR

Bezirksverband Neubrandenburg

Im Bezirksverband Neubrandenburg war einer der ersten und wichtigsten GI der Finanzfachmann Otto Brockmann. Brockmann war gelernter Bankkaufmann und schon vor dem Zweiten Weltkrieg in Grabow ansässig, wo er später für die CDU u. a. als Bürgermeister amtierte. 1950 übernahm er kommissarisch den Vorsitz des Kreisverbandes Ludwigslust. Brockmann ließ sich im August desselben Jahres in seinem Ludwigsluster Amtszimmer – er war Kreisrat für Finanzen und stellvertretender Landrat des Kreises Ludwigslust – mit der Begründung für das MfS anwerben, dass er für sein hohes staatliches Gehalt eine Gegenleistung erbringen müsse. Unter dem Decknamen „Roland“ spionierte er zunächst im Kreisvorstand der Union, auf dem Landesparteitag 1952 und in der oppositionellen Grabower Ortsgruppe.⁴⁹ Nach der Bildung der Bezirksverbände wurde Otto Brockmann nach Neubrandenburg delegiert, wo der Kontakt zum MfS kurzzeitig abbrach. Die Bezirksverwaltung Neubrandenburg stellte die Verbindung aber bald wieder her, da Brockmann als Mitglied des Bezirksvorstandes und Vorsitzender der Bezirksuntersuchungskommission wertvolle

paraphiert von Otto Last, dem Chefinspekteur der MfS-Landesverwaltung, in den Unterlagen der SED-Landesleitung zur CDU Mecklenburg 1946 bis 1952 wieder. Vgl. LHAS 10.34-1, Nr. 591, Bl. 97–98.

48 Vgl. LHAS IV/1/00/1563, handschriftliche Charakteristiken des CDU-Bezirkssekretariats Nbg. von Otto Brockmann, o. D. [1964]; vgl. dazu BStU Außenstelle (Ast.) Nbg., AIM 236/69, Arbeitsvorgang, Bd. IV, Bl. 115–118, handschriftliche Charakteristiken des CDU-Bezirkssekretariats Nbg. von GI „Roland“, voranstehende Bemerkung: „Der Bezirksleitung – Gen. Chemnitzer – erarbeitete ich auf Anforderung nachstehende Einschätzungen“.

49 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 236/69, Bl. 17, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Otto Brockmann, 15.8.1950. Siehe auch Arbeitsvorgang, Bd. 1, Bl. 83, Bericht über den Landesparteitag vom 5./6.7.1952.

Informationen zur „Absicherung des Objektes CDU“ geben konnte.⁵⁰ In einer Abschlussbeurteilung des MfS aus dem Jahre 1957 hieß es, Brockmann sei frei von kirchlichen Bindungen, weshalb er keine Hemmungen bei Beurteilungen habe.⁵¹

Seine Charakteristiken über alle hauptamtlichen Mitglieder des CDU-Bezirkssekretariats nutzte die SED-Bezirksleitung Neubrandenburg als kaderpolitische Entscheidungshilfe. Schließlich sammelte Brockmann Material gegen mehrere Wirtschaftsfunktionäre des Bezirks. Er wusste auch um die NSDAP-Belastung seines Parteifreundes Willi Holland-Moritz, der ebenfalls inoffiziell mit dem MfS kooperierte.⁵² Holland-Moritz war wegen seiner dominanten Persönlichkeitsstruktur der vielleicht wichtigste Agent des MfS im CDU-Bezirksverband Neubrandenburg in den 1950er und 1960er Jahren. Im neugegründeten Bezirksverband hatte der Templiner Kreisvorsitzende schnell entscheidende Ämter inne. Von 1953 bis 1955 amtierte Willi Holland-Moritz als stellvertretender Bezirksvorsitzender, nach seinem Zerwürfnis mit der Bezirksvorsitzenden Emma Heinrich wechselte er in eine Leitungsposition der Wirtschaft, wobei er sich gleichzeitig als ehrenamtliches Mitglied im Rat des Bezirks engagierte. Das MfS gewann ihn 1953 als GI und baute ihn zielstrebig zu einem Geheimen Hauptinformator (GHI) – später als Führungs-IM bezeichnet – auf.⁵³ Wahrscheinlich fügte sich Holland-Moritz auch deshalb in diese Rolle, weil die Staatssicherheit herausgefunden hatte, dass ihr Agent in seiner Heimatstadt Oschersleben seit 1933 NSDAP-Aktivist gewesen war. 1967 wurden dem Hauptinformator, der unter dem Decknamen „Simon“ den Bezirksverband ausspionierte, der GI „Alfred Holz“ zur Führung übergeben.⁵⁴

Hinter dem GI „Alfred Holz“ verbarg sich ein weiterer CDU-Funktionär aus dem Bezirk Neubrandenburg, nämlich der langjährige Neustrelitzer Kreissekretär (1953 bis 1965) Heinz Spieß, der später als Instrukteur für Finanzen im Bezirkssekretariat tätig war. Spieß war von Beruf Buchhalter und nach dem Kriege in der Kasse der Kreisverwaltungen Anklam, Rostock und Malchin tätig. Er wurde 1952 „unter Verwendung kompromittierenden Materials“ vom MfS zwangsverpflichtet und nach seiner Invalidisierung 1987 von der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg für 35jährige Zusammenarbeit mit einer

50 Vgl. ebd. Bl. 32, Perspektive für den GI Roland, Abt. V/3, MfS-Bezirksverwaltung Neustrelitz, 21.2.1957.

51 Vgl. ebd. Bl. 35, Abschlussbeurteilung vom 1.8.1957.

52 Vgl. ebd. Bl. 62, Aktenvermerk von GHI Lampe, 7.8.1962. Brockmann stellte die inoffizielle Zusammenarbeit nach Krankheit und Ausscheiden aus den Parteifunktionen 1969 ein.

53 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 258/80, Bl. 16, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Willi Holland-Moritz, 16.2.1953.

54 Vgl. ebd., Arbeitsvorgang, Bd. 4, Bl. 139, Treffbericht vom 23.10.1967. An diesem Tag fand unter Aufsicht zweier MfS-Mitarbeiter die Zusammenführung der beiden Informatoren in der konspirativen Wohnung „Richard“ statt.

Treueprämie von 500 Mark bedacht. Sein Einsatz als GI erfolgte „zur politisch operativen Absicherung und Aufklärung des Personalbestandes des Bezirksvorstandes sowie zur Erarbeitung operativ bedeutsamer Informationen über die Situation innerhalb der CDU und kirchlich gebundener Personenkreise“.⁵⁵ Heinz Spieß' Berichterstattung stattete das MfS mit einem gewaltigen Fundus an Detailwissen aus; da sie fast den gesamten Bestehenszeitraum des Bezirksverbandes Neubrandenburg umfasst, liest sie sich wie ein personal- und organisationspolitisches Panoptikum – freilich aus der begrenzten Perspektive eines Instruktors.

Bei Weitem nicht alle CDU-Funktionäre taten sich so leicht bei der inoffiziellen Zusammenarbeit mit den „Organen“ der Staatssicherheit. Dem Organisationsleiter des Neubrandenburger CDU-Bezirkssekretariats Wenzel Laube z. B. bereitete seine seit 1953 währende Agententätigkeit unter dem Decknamen „Walter“ offenkundig nervliche Probleme. 1955 kritisierte das SfS seine „unehrliche“ Haltung, die positive Beurteilung aller Menschen und seine Tendenz, „negative Diskussionen als harmlos hinzustellen“.⁵⁶ Die Versuche des SfS, Laube aufgrund seiner sudetendeutschen Herkunft – er war in seinem Heimatort zunächst SPD-Gemeindevorsteher und dann NSDAP-Bürgermeister – für die Ausspionierung der westdeutschen Landesmannschaft zu gewinnen, scheiterten an der Arbeitslast des Bezirksfunktionärs.⁵⁷ Nachdem Laube aus dem Dienst der CDU ausgeschieden war, hieß es im Abschlussbericht der Staatssicherheit lakonisch, der GI sei „nervlich fertig“, habe beim letzten Treff geweint und bat, von der Zusammenarbeit entbunden zu werden.⁵⁸

Es gab allerdings auch CDU-Funktionäre, die sich den Werbungsversuchen des MfS entzogen. Der Demminer Kreissekretär, später Instrukteur für Wirtschaft im Bezirkssekretariat Neubrandenburg, war nicht zu einer geheimen Mitarbeit bereit. Im Werbegespräch 1961 erklärte er dem MfS-Offizier, er sei stets ehrlich durchs Leben gegangen und möge nicht über Kollegen berichten.⁵⁹ Auch der CDU-Bezirkssekretär für Agitation und Propaganda, der zuvor als Kreissekretär in Güstrow, Templin und Neustrelitz tätig war, lehnte eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS ab. Das Kontaktgespräch fand 1965 unter der Legende statt, eine feindliche Organisation interessiere sich für ihn.

55 BStU Ast. Nbg., AIM 640/87, Bl. 16, Auskunftsbericht vom 5.3.1974. Vgl. ebd. Bl. 36, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Heinz Spieß, 15.2.1952; Bl. 190, Aktenvermerk der Abteilung XX, MfS-BV Nbg., Treffbericht vom 4.2.1987; Bl. 192, Auszeichnung für 35jährige Zusammenarbeit; Bl. 198, Abschlussvermerk vom 10.6.1987.

56 BStU Ast. Nbg., AIM 83/59, Bl. 32, Beurteilung durch SfS-Leutnant Seiler, 20.10.1955. Vgl. auch Verpflichtungserklärung von Wenzel Laube, 14.2.1953.

57 Vgl. ebd. Bl. 34, Bericht über die bisherige Zusammenarbeit mit dem GI „Walter“, Abt. V/3, MfS-BV Nbg., 30.8.1957.

58 Vgl. ebd. Bl. 39, Abschlussbeurteilung vom 2.6.1959.

59 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 385/62, Bericht des Werbegesprächs der Abt. V/3, MfS-BV Nbg., 29.11.1961.

Der Sekretär war in den vorangegangenen Jahren bereits fünfmal angesprochen worden, betrachtete sich aber als ungeeignet für die Spionagetätigkeit.⁶⁰

Noch hartnäckiger, aber ebenso erfolglos ging das SfS im Falle des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates des Kreises Ueckermünde vor. Der Vorschlag zur Anwerbung erfolgte 1954, weil sich das SfS versprach, über den gelernten Kaufmann an seine Amtsvorgängerin heranzukommen. Diese war 1950 nach West-Berlin geflohen, engagierte sich in der Exil-CDU und arbeitete laut Spitzelbericht in der Flüchtlingsstelle des West-Berliner Senats. Das SfS wollte durch ihre Bekanntschaft in das CDU-Ostbüro eindringen und es langfristig unschädlich machen.⁶¹ Der CDU-Mann kannte seine Amtsvorgängerin bereits aus Kindertagen und hatte mit ihr die Schulzeit verbracht. Aus diesem Grunde und wegen belastender Informationen der SED-Kreisleitung wurde Tesch vom SfS seit 1953/1954 überwacht.⁶²

Bei der Anwerbung als GI blieb der CDU-Funktionär stur; als Mitglied im Rat des Kreises war er bereit zu kooperieren, weigerte sich aber schriftliche Berichte über seine Schulfreundin und das CDU-Ostbüro abzugeben.⁶³ Bezeichnend für den zwiespältigen Mittelweg zwischen passiver Mitarbeit und aktiver Verweigerungshaltung war, dass er keine Verpflichtungserklärung unterschrieb und die Bezirksverwaltung Neubrandenburg ihn mit dem Decknamen „ohne“ ausstattete. Entsprechend groß war die Unzufriedenheit mit dem „unfreiwilligen“ Agenten: Er gab lediglich informatorische Berichte ab, die er mit seinem „Klarnamen“ und unter Angabe seiner Dienststelle unterzeichnete. Pikanterweise war der CDU-Mann auch Eigentümer des Gebäudes, in dem die SfS-Kreisdienststelle Ueckermünde residierte. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die angeblichen Verbindungen zum Ostbüro nur auf Verleumdungen basierten, brach das SfS den Kontakt ab.⁶⁴

Durch die gezielte Anwerbung junger Hochschulabsolventen konnte das MfS in den 1970er und 1980er Jahren ihre Informanten sogar in den höchsten Ämtern des Neubrandenburger Bezirkssekretariats platzieren. Einer von ihnen war Bernd Hillmann, der ab 1978 als stellvertretender Bezirksvorsitzender fungierte, bevor er 1981 Dietrich Lehmann im Amt des CDU-Bezirksvorsitzenden nachfolgte. Lehmann trat nach 15 Dienstjahren aus persönlichen Grün-

60 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 1294/65, Bl. 31, Kontaktgespräch des MfS mit Legende am 8.7.1965; vgl. auch Bl. 35, Kontaktgespräch am 13.7.1965.

61 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 490/57, Arbeitsvorgang, Bl. 5, Vorschlag zur Anwerbung, Abt. V/3, SfS-BV Nbg., 3.12.1954.

62 Vgl. ebd., Personalakte, Bl. 35, Eigenbericht des Oberleutnants Voss vom 6.8.1953; vgl. auch Bl. 40, Aktenvermerk.

63 Vgl. ebd., Arbeitsvorgang, Bl. 8, Treffbericht vom 17.2.1955; Bl. 12, Treffbericht vom 19.11.1955.

64 Vgl. ebd., Personalakte, Bl. 45, Perspektive für den GI „ohne“, Kreisdienststelle (KD) Ueckermünde, 14.2.1957; Bl. 65, Abschlussbericht der KD Ueckermünde, 11.10.1957. Vgl. ebd. Bl. 71, Abschlussbericht der KD Ueckermünde 28.10.1958.

den von seinem Posten zurück⁶⁵ über die das MfS dank seiner Zuträger im Funktionsapparat der CDU natürlich informiert war. Die Umstände der Verpflichtung Hillmanns als IM „Vindevogel“ werfen ein trübes Licht auf die perfide Werbepaxis des MfS, aber auch auf die menschlichen Abgründe dahinter. Bernd Hillmann wurde 1966 als Student an der Universität Rostock geworben, nachdem das MfS den angehenden Ingenieur-Ökonom der beabsichtigten Republikflucht verdächtig hatte. Hinter einer zufälligen West-Berliner Reisebekanntschaft aus dem Jahre 1964 vermuteten die Staatssicherheitsorgane einen professionellen Schleuser.⁶⁶

Das MfS misstraute Hillmann von Anfang an und ließ ihn operativ überwachen, selbst nachdem er 1968 Mitglied der CDU geworden war und über seine Kommilitonen bzw. nach dem Studium über seine Kollegen im VEB Bezirksbaumechanik Neubrandenburg Berichte geliefert hatte. Als er seinen Führungsoffizier auf eine eventuelle Postkontrolle ansprach, log dieser: „Dem IM wurde gesagt, dass eine Postkontrolle durch unser Organ unmöglich ist“.⁶⁷ Das MfS beglückwünschte Bernd Hillmann bei einem konspirativen Treffen im Oktober 1982 im Beisein seiner mittlerweile eingeweihten Ehefrau zu seiner Wahl als CDU-Bezirksvorsitzendem, blieb aber skeptisch im Hinblick auf seine Ehrlichkeit.⁶⁸ Die Treffberichte und Quittungsbelege lassen es möglich erscheinen, dass die inoffizielle Zusammenarbeit des CDU-Bezirksvorsitzenden mit dem MfS bereits 1985 endete, also ein bis zwei Jahre vor seinem freiwilligen Rücktritt vom Amt.⁶⁹

Hillmanns Rückzug im Dezember 1986 ging ein lange währendes Intrigenspiel mit seinem persönlichen Kontrahenten und Stellvertreter Winfried Vonholdt voraus, das zu einer regelrechten Spaltung des Bezirkssekretariats führte.⁷⁰ Winfried Vonholdt stand seinerseits seit 1985 als IM „Wolfgang Meier“ in inoffiziellen Diensten des MfS. Bei seiner Verpflichtung am 12. Dezember 1985 offenbarte er sich als Überzeugungstäter: „Diese Entscheidung treffe ich,

65 Vgl. ACDP 07-011-4221, Personalakte Dietrich Lehmann, hs. Schreiben von Dietrich Lehmann an Gerald Götting, o.D.; vgl. ebd., Dankschreiben von Götting an Lehmann vom 29.9.1980. Weitere Einblicke in das Bezirkssekretariat Neubrandenburg verdankt der Autor zeitgeschichtlichen Interviews mit Hans-Jürgen Beich am 16.12.2004 und Winfried Vonholdt am 10.1.2005.

66 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 57/86, Personalakte, Bl. 21, hs. Verpflichtungserklärung von Bernd Hillmann, 25.10.1966; Bl. 22, Bericht über die durchgeführte Werbung, Abt. XVI-II, MfS-BV Nbg., 2.11.1966.

67 Ebd., Bl. 149, Aktenvermerk zur Treffdurchführung mit dem IMV „Vindevogel“, Abt. XVIII, 7.8.1978.

68 Vgl. ebd., Arbeitsvorgang, Bd. 2, Bl. 380, Aktenvermerk zum Treffen mit dem IMS „Vindevogel“, Abt. XVIII, 6.10.1982.

69 Vgl. ebd. Bd. 3, Quittungen 1967 bis 1985. Allein bis 1970 hatte Bernd Hillmann für seine Agententätigkeit über 2.000 Mark Prämien vom MfS erhalten.

70 Vgl. ACDP 07-011-4183, Personalakte Bernd Hillmann, Schreiben von Bernd Hillmann an Gerald Götting vom 3.12.1986.

um einen Beitrag zur Sicherung unseres sozialistischen Staates zu leisten. Mir geht es darum, auch innerhalb der CDU als befreundete Partei und Bündnispartner der Partei der Arbeiterklasse eine auf Frieden und Sozialismus gerichtete Politik zu gewährleisten“.⁷¹ Unwissend, dass auch der CDU-Bezirksvorsitzende als IM verpflichtet war, versuchte Vonholdt seinen Vorgesetzten beim MfS zu denunzieren.

Schließlich schaltete sich auch das Sekretariat des CDU-Hauptvorstandes in den Konflikt zwischen dem Bezirksvorsitzenden und seinem Stellvertreter ein. Vonholdt hatte gegenüber dem Sekretär des Hauptvorstands Ulrich Fahl und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Heyl 1985 Erklärungen abgegeben, dass er jede weitere Zusammenarbeit mit Hillmann ablehne. Der studierte Diplomingenieur hatte seinem Dienstvorgesetzten Konzeptionslosigkeit und Leitungsprobleme vorgeworfen.⁷² Nachdem Gerald Götting im September 1985 persönlich den Bezirksverband Neubrandenburg besuchte und Bernd Hillmann das Vertrauen aussprach, wollte Winfried Vonholdt seine Parteifunktion als dessen Stellvertreter niederlegen.⁷³ Die Parteileitung führte eine versöhnende Aussprache zwischen Hillmann und Vonholdt herbei, vermutlich auch weil man auf Vonholdts administrative Fähigkeiten, die er im Rat des Kreises Neustrelitz erworben hatte, nicht verzichten konnte.⁷⁴

Als Hillmann 1986 nervlich völlig aufgegeben zurücktrat, rückte nicht sein Stellvertreter Vonholdt an die Bezirksspitze, sondern der Architekt Wolfgang Mäder, der bisher als CDU-Mitglied im Rat des Bezirks für Energiefragen zuständig war.⁷⁵ Nach der Abkehr der Union vom Sozialismus im Wendeherbst 1989 sagte sich Mäder von der CDU los und räumte den Platz des Bezirksvorsitzenden für Winfried Vonholdt. Vonholdt blieb bis zur Bildung des Landesverbandes Mecklenburg und Vorpommern im März 1990 im Amt.

Das MfS war über die Rivalenkämpfe im CDU-Bezirksverband Neubrandenburg in den 1980er Jahren aus mindestens drei verschiedenen Quellen – Heinz Spieß, Bernd Hillmann und Winfried Vonholdt – informiert. Wie Vonholdt seinem Führungsoffizier im August 1986 mitteilte, hatte insbesondere Ulrich Fahl – selbst lange Jahre als GI „Rolf“ tätig – starke Vorbehalte gegen ihn und verdächtigte ihn der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS. Fahl hielt die Vorwürfe Vonholdts für Konstruktionen des MfS, die selbst von der

71 BStU Ast. Nbg. III 265/85, Personalakte, Bd. 2, hs. Verpflichtungserklärung von Winfried Vonholdt, 12.12.1985.

72 Vgl. ACDP 07-011-4306, Personalakte Winfried Vonholdt, Bericht zur Situation im CDU-Bezirkssekretariat Nbg. vom 11.11.1985.

73 Vgl. ebd., Sitzungsprotokoll des CDU-Bezirkssekretariats Neubrandenburg am 11.11.1985.

74 Vgl. ebd., Aktenvermerk des Abteilungsleiters des SHV Gerhard Quast vom 26.11.1985.

75 Vgl. ACDP 07-011-4229, Personalakte Wolfgang Mäder, Berufungsurkunde zum 1.3.1987.

SED-Bezirksleitung so nicht mitgetragen wurden.⁷⁶ Im November 1986 hatte sich Fahl als Vertreter der Parteileitung allerdings auf die Seite Vonholdts geschlagen. Er empörte sich, dass der Bezirksvorsitzende Bernd Hillmann sklavisch zur SED laufe und sich nicht um die Mitglieder kümmere.⁷⁷ Damit war der Stab über Bernd Hillmann gebrochen.

Inwiefern das MfS an der Demontage von Hillmann als Bezirksvorsitzenden beteiligt war, lässt sich aus der Aktenlage nicht mehr rekonstruieren. Fakt ist, dass es Hillmann trotz seiner IM-Tätigkeit misstraute und Winfried Vonholdt durch die persönlichen Animositäten für seine Zwecke instrumentalisieren konnte. Der IM „Wolfgang Meier“ erhielt nach der Auswechslung des Bezirksvorsitzenden eine Prämie im Zusammenhang „mit seinem personenbezogenen Einsatz zur Person Hillmann“.⁷⁸ Er versorgte die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg bis 1989 mit Informationen zu kirchlichen Kreisen und systemkritischen Funktionären im CDU-Bezirksverband Neubrandenburg.

Bezirksverband Rostock

Ein umfangreiches Netzwerk inoffizieller Mitarbeiter konnte das MfS in den 1950er Jahren auch im CDU-Bezirksverband Rostock installieren. Mit wenigen Ausnahmen geschahen die meisten Anwerbungen Ende der 1950er Jahre. Einer der frühesten Informanten des „Mielkekonzerns“ im Bezirksverband war Johannes Metzner, der 1950 aus Parchim nach Rostock versetzt worden war. Der Baumeister Metzner hatte sich im Juli 1950 zur Zusammenarbeit mit dem MfS bereit erklärt und als Kreisvorsitzender bei der Ausschaltung der oppositionellen CDU-Ortsgruppe in Plau hervorgetan. Das MfS charakterisierte Metzner als typischen Opportunisten: „In fachlicher Hinsicht besitzt Metzner wenig Qualitäten. Herr Metzner vertritt bürgerliche Ideologie, richtet sich in seinen politischen Handlungen nach den Vorteilen seiner Familie. Er ist keine Kämpfernatur und wird immer auf der Seite stehen, wo die politische Macht ist“.⁷⁹

In Rostock war Metzner zunächst beim Rat des Kreises und dann beim Rat der Stadt als Bauleiter beschäftigt, zugleich besaß er als Mitglied im Bezirksvorstand in den Augen des MfS allerbeste Möglichkeiten, die Bezirksparteiorganisation der Union auszuleuchten. Seine Aufgabe als GI bestand daher darin,

76 Vgl. BStU Ast. Nbg. III 265/85, Arbeitsvorgang, Bd. 1, Bl. 32, Tonbandmitschnitt, Abt. XX, 18.8.1986.

77 Vgl. ebd. Bl. 53, Informationen zu Bernd Hillmann, Tonbandabschrift, Abt. XX, Quelle: IM der Abt., 24.11.1986.

78 Ebd. Bl. 68–70, Treffbericht der Dienst Einheit XX mit dem IMS Wolfgang Meier am 5.3.1987.

79 BStU Ast. Rst. AGI 158/56, Personalakte, Bl. 21, Charakteristik, 12.6.1950; Bl. 26, hs. Verpflichtungserklärung von Johannes Metzner, 5.7.1950.

Informationen über die Organisationsstärke der CDU, die Mitglieder im Vorstand und die Teilnehmer an den Delegiertenversammlungen und Parteitag zu beschaffen. Unter seinem Decknamen „Johannes“ berichtete Metzner beispielsweise, dass im Rahmen der Enteignungsaktion „Rose“ an der Ostseeküste auf den Inseln Rügen und Usedom ca. 40 Parteifreunde verhaftet worden seien. Beim stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Johannes Jüßen erschienen MfS-Mitarbeiter und verlangten Listen der gewerbetreibenden CDU-Mitglieder, deren Aushändigung dieser aber verweigerte.⁸⁰

Der damalige Rostocker Kreisvorsitzende Andreas Voß ließ sich ebenfalls vom Sicherheitsdienst der DDR ködern. Voß war Pastorensohn und als Gymnasiallehrer für Deutsch und Französisch seit 1920 an mecklenburgischen Oberschulen tätig. Das SfS warb ihn im Februar 1955 an, um die Lehrerschaft der Rostocker Goethe-Oberschule zu überwachen und von seinen zahlreichen Parteifunktionen zu profitieren. Unter dem Decknamen „Parchim“ wollte Voß zwar über eine feindliche Tätigkeit von Schülern und Kollegen berichten, war aber nicht bereit, sie zu überwachen.⁸¹ Missvergnügen des Führungsoffiziers hat zudem seine Weigerung hervorgerufen, eine Verwandtschaftsaufstellung anzufertigen. Der Sicherheitsdienst schätzte ihn daher als scharfsinnig ein; im Hinblick auf die CDU und Kirche bleibe er aber unter seinen Möglichkeiten. Als Andreas Voß seine Parteiämter aufgab – er war zwischenzeitlich stellvertretender Oberbürgermeister Rostocks –, stellte das MfS die Verbindung ein. Laut Abschlussbericht sei keine „flüssige, aktive und gute Zusammenarbeit“⁸² zustande gekommen, da der GI zu viele Treffen absagt habe.

Eine beliebte Zielgruppe der Staatssicherheitsorgane bei der Anwerbung waren die CDU-Funktionäre im Staatsapparat. Da die CDU wie die anderen Blockparteien in jedem Rat des Kreises und in den größeren Räten der Städte über haupt- oder ehrenamtliche Staatsfunktionäre verfügte, konzentrierten sich die Werbeanstrengungen bereits in den 1950er Jahren hierauf. Fast jedes CDU-Mitglied in einer solchen Stellung dürfte mit den Wünschen des MfS zu einer inoffiziellen Kooperation konfrontiert worden sein, zumal die hauptamtlichen Funktionäre oft auch die Kernerarbeit in den „scheintoten“ Orts- und Kreisvorständen verrichteten.⁸³ Im Rat des Kreises Wismar nahm das MfS beispielswei-

80 Vgl. ebd., Arbeitsvorgang, Bl. 42, Bericht von GI „Johannes“ über die Verhaftungen an der Ostseeküste im Rahmen der Aktion Rose.

81 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 790/59, Personalakte, Bl. 24, hs. Verpflichtungserklärung von Andreas Voß, 25.2.1955; Bl. 25, Bericht über die durchgeführte Verpflichtung am 25.2.1955.

82 Ebd. Bl. 38, Einschätzung des GI „Parchim“ vom 25.3.1957; Bl. 43, Beschluss über das Abbrechen der Verbindung vom 18.12.1959.

83 Vgl. Situationsbericht August 1958, „aufgestellt von der Flüchtlingsstelle des Ostbüros der CDU auf Grund von Befragungen der CDU-Flüchtlinge aus der Zone“, Bestand der Bibliothek zur Geschichte der DDR, Haus der Geschichte, Bonn.

se die CDU-Kreisrätin 1957 aufgrund des engen Kontaktes zur Pastorenschaft Wismars und ihrer Tätigkeit im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) sowie im Friedensrat der Nationalen Front „als legale Residentur innerhalb der CDU“ in Augenschein. Sie sollte so etwas wie ein gesellschaftlicher Mitarbeiter auf „politisch-ideologischer Ebene“ sein, musste sich nicht direkt verpflichten und erhielt keinen Decknamen.⁸⁴ Die gelernte Schneidermeisterin, die bereits dem CDU-Landesvorstand angehört hatte, sträubte sich dagegen; entnervt von den dauernden Absagen der Treffen stellte die MfS-Bezirksverwaltung Rostock die Zusammenarbeit 1958 ein.⁸⁵

Im Rat des Kreises Ribnitz-Damgarten bekundete die MfS-Kreisdienststelle Interesse an der Anwerbung des CDU-Bezirkstagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden im Rat des Kreises Adolf Knipper. Die Anwerbung fand unter folgender Zielsetzung statt: „Um die politische Arbeit in den bürgerlichen Parteien in Erfahrung zu bringen, im besonderen diejenigen Kräfte, die unserem Arbeiter- und Bauernstaat negativ gegenüberstehen, machte es sich notwendig, geeignete Agenturen zu schaffen“.⁸⁶ Tatsächlich ließ sich der frühere CDU-Landtagsabgeordnete 1954 unter dem Decknamen „Emil“ zu einer inoffiziellen Zusammenarbeit verführen.⁸⁷ Statt andere zu bespitzeln, geriet er dann aber selbst in den Verdacht, Verbindungen zum westlichen Geheimdienst zu haben. Das Sfs kappte daraufhin die Verbindung und ließ Knipper im operativen Vorgang „Perten“ beschatten. Der Verdacht erwies sich als völlig haltlos.⁸⁸ Knipper erreichte später als stellvertretender Vorsitzender im Rat des Bezirkes Rostock trotz weiterer Überwachungsmaßnahmen des MfS die höchste Staatsfunktion, die ein „Unionsfreund“ auf Bezirksebene erreichen konnte.

Einen der Nachfolger Knippers im Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Rats des Kreises Ribnitz-Damgarten konnte das MfS besser in sein Spitzelsystem einbinden. Ulrich Stahl hatte in der „gleichgeschalteten“ Union der 1950er Jahre als Kommunalfunktionär (Bürgermeister in Jarmen und Krakow am See) Karriere gemacht und bekleidete zum Zeitpunkt seiner Anwerbung 1958 Knippers ehemaliges Amt. Unter den Unionsmitgliedern galt er als sozialistischer Hardliner und war entsprechend unbeliebt. Der ehemalige Berufsfeuerwehrmann, der kurzzeitig Referent der CDU-Parteileitung war (1952 bis 1953), übergab dem MfS nach seiner Werbung als Vertrauensbeweis wichtige Parteiunterlagen. Mit der inoffiziellen Zusammenarbeit unter dem Decknamen

84 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 30/59, Bl. 25, Werbevorschlag vom 8.11.1957. Vgl. auch Bl. 27, hs. Schweigeverpflichtung; Bl. 28, Verpflichtungsprotokoll vom 14.11.1957.

85 Vgl. ebd. Bl. 39, Ablagebeschluss vom 29.12.1958.

86 BStU Ast. Swn. AP 596/59, Bl. 20, Vorgang des operativen Mitarbeiters Harry Worgall über Adolf Knipper.

87 Vgl. ebd. Bl. 21, hs. Verpflichtungserklärung von Adolf Knipper, 6.8.1954.

88 Vgl. ebd., Abschlussbericht der MfS-BV Schwerin vom 8.4.1958.

„Bernhard Winter“ bezweckte das MfS vor allem die „Aufklärung und Bearbeitung von negativen Kräften in der CDU“.⁸⁹ Diese Rechnung ging jedoch nicht auf, weil Stahls Karriere nach der Flucht seines Sohnes in die Bundesrepublik Deutschland einen Dämpfer erhielt und er von seiner verantwortungsvollen Position abgesetzt wurde.⁹⁰

Neben den Staatsfunktionären ließ die Einheitspartei durch das MfS auch den alten bürgerlichen „Mittelstand“ ausforschen, der nach ihrer Ansicht in den 1950er Jahren immer noch eine Domäne von CDU und LDP war. Es war daher eine Selbstverständlichkeit, dass auch diese christdemokratische Einflussosphäre mit geeigneten IM geheimpolizeilich gesichert werden musste. Einer davon war das CDU-Mitglied Walter Zörn aus Satow, das vom Staatssicherheitsdienst wegen seiner Leiterfunktion in der Feuerwehr und den Verbindungen in alle Bevölkerungsschichten geworben wurde.⁹¹ Unter dem Decknamen „Feierabend“ sollte der Vorsitzende der PGH „Metall“ auf der „bürgerlichen Linie“ tätig sein. Anfangs hatte Zörn nach Einschätzung der MfS Angst davor, negative Dinge auszusprechen und für Verhaftungen verantwortlich zu sein.⁹² Wirklich interessant wurde Zörn jedoch erst, nachdem ihn die SED-Bezirksleitung 1963 für das Amt des Vorsitzenden der Bezirkshandwerkskammer Rostock vorgeschlagen hatte. Zörns plötzlicher Tod 1970 setzte dem weiteren beruflichen und parteilichen Aufstieg ein frühes Ende.⁹³

Wie in den anderen beiden Bezirksverbänden der CDU im Norden der DDR erreichte das Überwachungssystem im Ostseebereich in den 1970er und 1980er Jahren flächendeckende Ausmaße, wengleich man die „latent vorhandene Unzufriedenheit mehr oder weniger großer Teile der Parteibasis gegenüber ihrer SED-konformen Parteiführung“ schon in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nicht mehr als „ernsthafte sicherheitspolitische Bedrohung“⁹⁴ einschätzte. Trotzdem hatte sich die Rostocker MfS-Bezirksverwaltung in den 1980er Jahren das Ziel gesetzt, eine ständige politisch-operative „Lagebeherrschung“ in den Blockparteien zu gewährleisten. Dies sollte durch eine „Durchdringung der Kreisvorstände“ auf inoffizieller Grundlage geschehen. Es galt dabei, „Tendenzen des ideologischen Aufweichens“ rechtzeitig zu erkennen, „gegne-

89 BStU Ast. Rst. AIM 683/66, Bl. 33, Vorschlag zur Anwerbung von Ulrich Stahl als GI, 30.9.1958.

90 Vgl. ebd. Bl. 62, Abschlussbeurteilung der KD Ribnitz-Damgarten über den GI Bernhard Winter.

91 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 3143/65, Personalakte, Bl. 33, Vorschlag der KD Bad Doberan zur Werbung eines GI vom 11.10.1954.

92 Vgl. ebd. Bl. 35, hs. Verpflichtungserklärung von Walter Zörn, 12.1.1955; Bl. 44, Beurteilung des GI „Feierabend“ durch die KD Bad Doberan vom 5.9.1957.

93 Vgl. ebd. Bl. 80, Auskunftsbericht der Abt. XVIII/2 der MfS-BV Rostock, 11.11.1965; Bl. 147, Einstellungsbeschluss des IMS-Vorgangs vom 13.2.1970.

94 Thomas AUERBACH, *Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«*, Berlin 2008, S. 82.

rischen Argumenten“ und der „Überbetonung der Eigenständigkeit der Blockparteien“⁹⁵ entgegenzutreten. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im Oktober 1988 hatte die Bezirksverwaltung allein in den Blockparteien 370 inoffizielle bzw. gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) verankert. Davon waren 72 im Bezirksverband der CDU aktiv, 66 in der LDP. Bezeichnenderweise war die Bereitschaft zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS in der NDPD mit 120 und in der DBD mit 112 IM deutlich höher.⁹⁶

Ähnliche Proportionen wies die inoffizielle Basis der MfS-Kreisdienststelle Rostock innerhalb der Blockparteien ihres Zuständigkeitsbereiches auf. NDPD (15) und DBD (8) waren wesentlich stärker von Spitzeln durchdrungen als CDU (7) und LDPD (5). Wie das MfS jedoch klagend eingestand, waren ca. ein Viertel dieser IM/GMS zahlende Mitglieder, die aus „verschiedenen persönlichen Gründen“ nicht an Parteiveranstaltungen teilnahmen und somit nicht auf der „Grundlage des ständigen Informationsbedarfes“⁹⁷ eingesetzt werden konnten.

Ein letztes Beispiel aus dem Rostocker Bezirksverband der CDU mag illustrieren, wie weit das MfS in den 1970er und 1980er Jahren in die Blockparteien einzudringen vermochte. 1973 warb es den Sekretär für Agitation und Propaganda Heinz-Peter Scholz auf der Grundlage einer handfesten Erpressung. Der gelernte Bäcker und Konditor, der seit 1970 hauptamtlich in der CDU tätig war, ließ sich per Handschlag unter dem Decknamen „Bäcker“ zur inoffiziellen Zusammenarbeit verpflichten. Er sollte vor allem zur Aufklärung evangelischer und katholischer Kreise im Rostocker Umland eingesetzt werden.⁹⁸ Das MfS bescheinigte seinem IM in den 1970er Jahren eine positive Entwicklung; es richtete eine konspirative Wohnung ein, verlieh ihm 1979 die Medaille für treue Dienste in der NVA in Bronze und prämierte die präzise Auftragserfüllung bis in den Wendeherbst 1989 mit Geld sowie Präsenten im Wert von mehreren Tausend DDR-Mark.⁹⁹

Heinz-Peter Scholz berichtete dem MfS nicht nur verlässlich und tatsachen genau über die im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit geführten Gespräche mit Pfarrern, Studenten und Angehörigen kirchlicher Kreise, sondern er war auch beteiligt an operativen Personenkontrollen (OPK) von vermeintlich oppo-

95 Geheime Verschlusssache der MfS-BV Rostock Nr. 0043-515/88, zit. n. Thomas AMMER/Hans-Joachim MEMMLER, (Hg.): *Staatsicherheit in Rostock. Zielgruppen – Methoden – Auflösung*, Köln 1991, S. 90.

96 Vgl. ebd. S. 174. Vgl. auch BStU Ast. Rst., Abt. XX, Nr. 659, gez. Leiter der Abteilung XII Schubert, 6.10.1988.

97 Zitiert nach AMMER/MEMMLER (wie Anm. 95), S. 91.

98 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 136/91, Bl. 4, Anwerbungsvorschlag von Heinz-Peter Scholz, Abt. XX/4, 14.9.1973; Bl. 12, Bericht über die durchgeführte Werbung des Kandidaten Scholz, Abt. XX/4, KD Rostock, o. D.

99 Vgl. ebd. Bl. 39, Beurteilung des IMV „Bäcker“.

sitionell gesinnten Kollegen wie dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden und einem Instrukteur. Insbesondere das Vorgehen gegen den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden war ein Lehrstück geheimpolizeilicher Perfidie. Der Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindverbindung (bis 1979 IMV) freundete sich im Auftrag des MfS auch privat mit seinem Kollegen an, um seinem Führungsoffizier hinterher detaillierte Auskünfte über dessen ideologisch-abweichende Positionen geben zu können. Als das MfS erfuhr, dass der stellvertretende CDU-Bezirksvorsitzende die Schriften des Systemkritikers Rudolf Bahro las, sollte Heinz-Peter Scholz diese über ihn für das MfS beschaffen.¹⁰⁰ Bei einer Instruktion rüffelte der für die Blockparteien zuständige Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung, Reinhard Brüssow, den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der CDU wegen politisch zweideutiger Witze. Schließlich berief das Sekretariat des CDU-Hauptvorstandes ihn als stellvertretenden Bezirksvorsitzenden ab. Nach Andeutungen von Ulrich Fahl hatte die Parteileitung dabei den Forderungen des MfS nachgegeben.¹⁰¹

Nachdem der Rostocker Bezirksvorsitzende Otto Sadler 1982 nach fast 30 Jahren in den Ruhestand eingetreten war, kam es zu einer Umbesetzung des Bezirkssekretariats, von der auch Heinz-Peter Scholz profitierte. Er wurde Stellvertreter des neuen Bezirksvorsitzenden Dieter Klemm, der zuvor als Bürgermeister in Hainichen tätig war.¹⁰² Scholz setzte auch danach seine Spitzeltätigkeit für MfS fort. Seine Berichte konzentrierten sich auf dissidentes Verhalten im Bezirkssekretariat und Nonkonformismus in Kreisverbänden wie Greifswald, wo seiner Ansicht nach „eine bürgerlich-demokratische, teilweise nicht sozialistische Politik betrieben“¹⁰³ wurde. Die Ereignisse des Herbstes 1989 erschütterten das sozialistische Weltbild von Heinz-Peter Scholz gründlich. Angesichts der unbeherrschbaren Lage bemerkte der IM „Bäcker“ gegenüber seinem Führungsoffizier, dass das MfS möglicherweise seine Aufgaben nicht erfüllt habe. Ihn beunruhigte, dass der CDU-Bezirksvorsitzende Dieter Klemm sich politisch völlig inaktiv verhielt, hingegen war er bereit, selbst in die Offensive zu gehen. Ein letzter Treff zwischen dem IM und dem MfS fand am 23. November 1989 statt.¹⁰⁴

100 Vgl. BStU Ast. Rst. TA 2271, Bd. 1, Bl. 119, Bericht des IMV „Bäcker“ am 3.7.1978.

101 Vgl. ebd. Bl. 454, Tonbandabschrift des IMV Bäcker vom 30.6.1980.

102 Vgl. LAG Rep. IV/E/2.15/474, Kurzbiographie Dieter Klemm.

103 BStU Ast. Rst. TA 5873, Bd. 3, Bl. 145, Bericht zur Person der Kreisvorsitzenden Greifswald, 15.7.1982.

104 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 136/91, Bd. 4, Bl. 17, Bericht des Treffens am 24.10.1989, 25.10.1989; Bl. 22, Treffbericht vom 10.11.1989; Bl. 27, Treffbericht vom 23.11.1989.

Bezirksverband Schwerin

Die MfS-Landesverwaltung Mecklenburg hatte bereits im Jahre 1950 versucht, in die Schweriner Unionskreise einzudringen und geeignete „Agenturen“ unter den Mitgliedern des damaligen Landesvorstandes zu schaffen. In Aussicht genommene Vorstandsmitglieder wie Ulrich Kuss oder Heinrich Albert entzogen sich dem MfS allerdings durch berufliche Veränderungen oder Flucht in die Bundesrepublik. Auch der CDU-Landesschatzmeister Hans Wittenburg, der sich unter dem Decknamen „Schulz“ als Informator ködern ließ, stand nur ein dreiviertel Jahr in den Diensten der Staatssicherheit. Der leitende Postbeamte trat aus gesundheitlichen Gründen von seinen Parteiämtern zurück und war infolgedessen für das MfS unbrauchbar.¹⁰⁵

Erst nach Gründung des Bezirksverbandes Schwerin konnten sich die „Organe“ der Staatssicherheit mit geheimen Informatoren fester verankern. Auffällig war, dass in Schwerin sogar die höchsten CDU-Funktionäre sehr früh zu einer Form der Zusammenarbeit mit dem MfS bereit waren, die über die offiziell notwendigen Kontakte weit hinausgingen. Der Schweriner Bezirksvorsitzende Hansjürgen Rösner, der seit 1950 als Landessekretär bei der Gleichschaltung der Landespartei eine zentrale Rolle spielte, ließ sich beispielsweise 1954 als geheimer Mitarbeiter von der Staatssicherheit werben. Rösner orientierte seinen neuen Auftraggeber über die Zusammensetzung und Funktionsweise des Bezirksvorstandes und lieferte Einschätzungen über die politische Zuverlässigkeit der ehrenamtlichen Mitglieder. Er verfuhr dabei rücksichtslos, drohte offen mit seinen „guten Beziehungen“ zum MfS und lieferte manchen oppositionell gesinnten CDU-Anhänger ans Messer. Die inoffizielle Verbindung mit Rösner stellte das MfS im Juli 1957 ein, da aufgrund seiner Funktion als Bezirksvorsitzender ohnehin ein ständiger Kontakt bestand.¹⁰⁶

Zu diesem Zeitpunkt hatte das MfS Rösners Stellvertreter Hans Wilder als geheimen Informanten gewonnen. Wilder war bereits im mecklenburgischen Landesverband als Kraftfahrer beschäftigt und wechselte 1953 beim Schweriner Bezirksverband in eine Funktionärslaufbahn als Referent für staatliche Verwaltung und Kaderpolitik. Er folgte 1954 Edmund Schulz in dessen Amt als Organisationsleiter und 1955 als stellvertretender Bezirksvorsitzender nach, blieb in dieser Funktion allerdings nur bis 1956, da er den administrativen Anforderungen dieser Stelle nicht gewachsen war.¹⁰⁷ Die Staatssicherheit hatte ihn im September 1954 als GI unter dem Decknamen „Peter“ zur inoffiziellen Zusammenarbeit verpflichtet. Aufgrund seiner Verbindungen zur katholischen

105 Vgl. BStU Ast. Swn. AIM 348/51, Bl. 10, Verpflichtung durch das MfS am 7.12.1950, beendet am 28.9.1951.

106 Vgl. Jürgen SCHMIDT-POHL (wie Amn. 44), S. 188ff.

107 Vgl. ACDP 03-044-111/3, Sitzungsprotokolle des Bezirkssekretariats der CDU Schwerin 1955 bis 1957, hier: Protokoll vom 25.6.1956.

Kirche und seiner Tätigkeit in der christlichen Blockpartei sollte er in erster Linie die CDU und zweitens westdeutsche Personenkreise im Sinne des SED-Geheimdienstes „aufklären“. Z. B. wurde er damit beauftragt, anlässlich einer privaten Reise nach Hamburg 1956 Verbindungen mit den republikflüchtigen ehemaligen Landesvorstandsmitgliedern bzw. -mitarbeitern Heinrich Albert, Helmut Löscher und Fritz Zanger aufzunehmen. Sogar in seiner späteren Funktion als Sekretär des CDU-Kreisverbandes Schwerin-Stadt blieb er eine verlässliche Informationsquelle des MfS.¹⁰⁸

Damit befand sich der Kreisverband Schwerin-Stadt in guter Nachbarschaft zum Kreisverband Schwerin-Land, dessen hauptamtlicher Parteisekretär Hans-Joachim Brebach ebenfalls seit 1955 für den Staatssicherheitsdienst spitzelte. Brebach stammte aus der Nähe Greifswalds und arbeitete nach dem Krieg dort zuerst als CDU-Außensekretär und dann als Bürgermeister der Gemeinde Züsow. Bis zur Werbung als GI „Raudi“ 1955 war er als Kreissekretär in Güstrow eingesetzt, dann wechselte Brebach als hauptamtlicher Kreisvorsitzender in den Kreisverband Schwerin-Land. Das MfS registrierte den GI „Raudi“ in den 1960er Jahren zum GI „Zonka“ um. Nach einem landwirtschaftlichen Fachschulstudium, das Brebach gemeinsam mit dem Schweriner Bezirksvorsitzenden Hans Koch absolvierte,¹⁰⁹ verschaffte ihm sein einflussreicher Studienfreund 1971 eine Anstellung als Instrukteur im Bezirksverband Schwerin. Es folgte ein kurzes Intermezzo als Bürgermeister in Brüel, bevor Brebach als Kreissekretär nach Bad Doberan übersiedelte. Von seinen jeweiligen Dienstpositionen aus berichtete Hans-Joachim Brebach über staatsfeindliche Einstellungen von Mitgliedern, Personalinterna der CDU und charakterisierte sogar Weggefährten wie Hans Koch negativ.¹¹⁰

Mit Hans Koch gelang es der MfS-Bezirksverwaltung Schwerin, einen weiteren geheimen Mitarbeiter mit „hervorragender Entwicklungsperspektive“ zu rekrutieren. Bereits in seiner Zeit als hauptamtlicher Kreisvorsitzender der CDU in Perleberg 1953 bis 1956 attestierte ihm die SED-Kreisleitung eine fortschrittliche Gesinnung: „Der Freund Koch ist uns als einer der positivsten Kräfte seiner Partei bekannt, daher sind wir der Meinung, daß man den Freund in den Bezirksvorstand der CDU wählen kann“.¹¹¹ Der Bauernsohn aus Groß Breese wurde 1956 zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden bestellt und trat 1958 die Nachfolge des Bezirksvorsitzenden Hansjürgen Rösner an, der in die

108 Vgl. SCHMIDT-POHL (wie Anm. 44), S. 223ff.

109 Die gemeinsame Staatsexamensarbeit an der Agraringenieursschule Güstrow-Bockhorst wurde in der von der CDU herausgegebenen Reihe „Beiträge zur Geschichte“ veröffentlicht. S. Joachim BREBACH/Hans KOCH, *Die erste Bewährung. Der CDU-Landesverband Mecklenburg in der demokratischen Bodenreform 1945/46*, Berlin (Ost) 1972.

110 Vgl. SCHMIDT-POHL (wie Anm. 44), S. 237ff.

111 LHAS 10.34-3-1666, Bl. 104, Schreiben der SED-KL Perleberg an die BL, Büro Quandt, o.D., betr. Beurteilung des Freundes Hans Koch – Kreisvorsitzender der CDU.

Parteil Leitung wechselte. Bei den Mitgliedern stand Koch in keinem hohen Ansehen – das bemerkte sogar die SED-Bezirksleitung –, da er sehr „impulsiv“ wirkte und sich „ab und zu im Ton“ vergriff. Schon bald bezeichnete man ihn als „roten Koch“ oder „rote[n] Christ[en]“.¹¹² Seit Februar 1958 kooperierte Hans Koch inoffiziell mit dem MfS unter dem Decknamen „Ebel“. Die Staatssicherheit nutzte dabei die mit seiner gehobenen Dienststellung verbundenen Weisungsbefugnisse, um anderen geheimen Mitarbeitern im CDU-Bezirkssekretariat größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen.

Die Kooperation zwischen Koch und der Staatssicherheit nahm bald solche Ausmaße an, dass sich die Angestellten über die häufigen und langen Besuche des zuständigen MfS-Offiziers Tiegs beschwerten. Allerdings weigerte sich Koch, Berichte unter seinem Decknamen zu verfassen oder unterzeichnete sie mit seinem Klarnamen. Deshalb hielt das MfS den GI „Ebel“ für ungeeignet, konspirative Aufträge auszuführen. Er wurde im Juli 1961 und im Februar 1963 jeweils an einen neuen Führungsoffizier übergeben, ehe die Bezirksverwaltung die inoffiziellen Kontakte im Juni 1963 gänzlich einstellte. Die Begründung dafür lautete, dass Koch in seiner besonderen Funktion als CDU-Bezirksvorsitzender den Organen der Staatssicherheit „obligatorisch Informationen zur Auswertung“¹¹³ übergeben müsse.

Während der langen Amtszeit des Bezirksvorsitzenden Hans Koch von 1958 bis zu seinem unerwarteten Freitod 1979 standen ihm mehrere Stellvertreter zur Seite, bei denen zumindest für Kurt Schöwe eine IM-Tätigkeit belegbar ist. Schöwe stammte aus Hinterpommern, schlug eine mittlere Beamtenlaufbahn bei der Deutschen Reichsbahn ein und war 1937 sogar NSDAP-Mitglied geworden. Er trat 1947 in die CDU ein und war u. a. beim Rat der Stadt Rehna beschäftigt, bevor er 1955 eine politische Karriere als hauptamtlicher Kreisvorsitzender der CDU in Gadebusch begann. Wegen seiner herausragenden Agitation für die LPG-Gründung während der Vollkollektivierungskampagne der SED wurde Schöwe 1960 die Verdienstmedaille der DDR und die Ernst-Moritz-Arndt-Medaille der Nationalen Front verliehen.¹¹⁴ 1965 berief ihn das Sekretariat des Hauptvorstandes zum stellvertretenden CDU-Bezirksvorsitzenden nach Schwerin, wo er 1971 durch den Jungfunktionär und späteren Bezirksvorsitzenden Bodo Kohagen abgelöst wurde.¹¹⁵ Bis zu seiner Pensionierung 1978 war Kurt Schöwe Sekretär im Kreisverband Schwerin-Stadt.

112 Ebd. Bl. 185, Schreiben des 1. Sekretärs der BL Schwerin Bernhard Quandt an das ZK der SED vom 28.4.1960.

113 SCHMIDT-POHL (wie Anm. 44), S. 264ff.

114 Vgl. ACDP 02-237-002/2, Chronik des KV Gadebusch 1958 bis 1980, Bd. 1.

115 „Dank an Ufr. [Unionsfreund] Kurt Schöwe. Bezirksvorstand der CDU wählte gestern Ufr. Bodo Kohagen zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden unserer Partei“, in: „Der Demokrat“ vom 29.10.1971.

Das MfS hatte Schöwe bereits nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 als GI unter dem Decknamen „Hamburg“ angeworben, um die Rehnaer Stadtverwaltung „aufzuklären“. Seiner Rolle als Geheimer Hauptinformer (GHI) wurde er nicht gerecht, da er die ihm anvertrauten GI nicht zu führen vermochte. Mit Aufnahme der Funktionärstätigkeit in der CDU änderte sich für Kurt Schöwe das Auftragsgebiet. Laut Auskunftsbericht der MfS-Kreisdienststelle Gadebusch von 1960 hatte der GI vor allem über seine eigene Partei Informationen gesammelt und dabei eine Menge von Personen belastet. Schöwe zeigte sich vielfältig einsetzbar: Er übermittelte Stimmungen aus der Bevölkerung, aus christlichen Kreisen und der Pastorenschaft, er nahm an operativen Vorgängen sowie an Spionageeinsätzen in Westdeutschland teil. Seine IM-Tätigkeit währte bis 1988 und reichte somit zehn Jahre über die Pensionsgrenze hinaus.¹¹⁶

Nicht in jedem Fall verlief eine inoffizielle Zusammenarbeit aus Sicht des MfS in solch „fruchtbaren“ Bahnen. Manchem CDU-Funktionär setzte die nervenaufreibende geheimpolizeiliche Nebentätigkeit so zu, dass aus gesundheitlichen Gründen ein Abbruch der Verbindung erfolgen musste. Ein Beispiel dafür war die stellvertretende Vorsitzende im Rat des Bezirkes Schwerin, Charlotte Hallscheidt. Die Staatsfunktionärin war der MfS-Bezirksverwaltung durch den GI „Hans-Jürgen“ (Rösner) bekannt. Nach einer routinemäßigen Überprüfung im Rat des Bezirkes Schwerin nahm der Mitarbeiter der zuständigen Abteilung V, Leutnant Kannberg, die CDU-Funktionärin als GI in Aussicht. Die examinierte Volkspflegerin, die seit 1952 dem Landes- bzw. Bezirksvorstand der Schweriner CDU angehörte, ließ sich am 6. September 1954 in ihrem Dienstzimmer von den Unterleutnanten Winter und Cziborr zu einer inoffiziellen Kooperation mit der Staatssicherheit verpflichten.¹¹⁷ Sie wählte sich den Decknamen „Berlin“ und erklärte sich bereit, bei der Entlarvung von „Agenten“ mitzuhelfen.

Die Zusammenarbeit entwickelte sich aber nicht nach den Vorstellungen der Staatssicherheitsleute. Aufgrund ihrer beruflichen Belastungen erschien Hallscheidt nicht zu den vereinbarten Treffs, sandte ihre Berichte lediglich per Post und bat bald um Entbindung von der Zusammenarbeit. Zudem weigerte sie sich, über CDU-Mitglieder und parteiinterne Sitzungen zu informieren. Die MfS-Bezirksverwaltung Schwerin überlegte deswegen, sie entweder als Spitzel lediglich auf den Rat des Bezirkes anzusetzen oder sie perspektivisch ganz abzuschreiben.¹¹⁸ Als die Bezirksrätin ein Fernstudium an der Akademie für Rechtswissenschaften aufnahm und sich bei ihr Krankheits- und Überlastungs-

116 Vgl. SCHMIDT-POHL (wie Anm. 44), S. 292ff.

117 Vgl. BStU Ast. Swn. AIM 460/56, Personalakte, Bl. 17, Bericht der Abt. V, Ref. III vom 7.9.1954 über durchgeführte Werbung; Bl. 18, hs. Verpflichtungserklärung von Charlotte Hallscheidt, 6.9.1954.

118 Vgl. ebd., Beurteilung des GI Berlin durch die Abt. V, Referat 3, 4.2.1955; vgl. auch Einschätzung der Abt. V, Ref. 3, 29.2.1955.

symptome einstellten, brach das SfS die Verbindung kurzerhand ab.¹¹⁹ Der bei jedem aktiven IM angelegte Arbeitsvorgang enthielt lediglich verharmlosende und positive Berichte über ihre Funktionärskollegen.¹²⁰

CDU-Spione im kirchlichen Raum

Die evangelischen und katholischen Kirchen in der DDR gingen im Verlauf der DDR-Geschichte immer weiter auf Distanz zur Blockpartei mit der christlichen „Spezifik“. Während viele Geistliche beiderlei Konfessionen auch in Mecklenburg und Vorpommern am Gründungsgeschehen der Union aktiv beteiligt waren, stellte die gleichgeschaltete Kaderpartei der 1950er Jahre keinen attraktiven Dialogpartner für kirchliche Stellen in den Nordbezirken dar. Die CDU bemühte sich indessen, als politische Interessenvertretung der christlichen Staatsbürger zwischen Staat und Kirche zu vermitteln. Dies hatte zu Beginn der DDR in der kirchenkampfartigen Situation um die Auseinandersetzungen mit der Jungen Gemeinde und der Jugendweihe durchaus einen realen Hintergrund, wenngleich die Möglichkeiten der CDU unter Otto Nuschke sehr begrenzt blieben. Als sich die evangelische Kirche in den 1960er und 1970er dem SED-Staat annäherte – durch die Spaltung der EKD und die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR begünstigt –, verlor die CDU weiter an kirchenpolitischem Gewicht. Die evangelischen Kirchen verhandelten lieber direkt mit den staatlichen Stellen als mit einer relativ einflusslosen Blockpartei.¹²¹

Auf katholischer Seite waren die Vorbehalte gegen die DDR-CDU noch größer. Abschreckende Beispiele wie der katholische Pfarrer in Neustrelitz, Karl Fischer, der für CDU ein Volkskammermandat wahrnahm und als GI unter dem Namen des babylonischen Rachegottes „Marduk“ gegen seinen katholischen Dienstherrn spionierte, bestärkten die katholische Kirche in ihrem Distanzkurs.¹²² Die Bischofsweihe des Schweriner CDU-Mitbegründers Bernhard Schröder ließ diesen wieder zu einem begehrten Gesprächspartner der Prestige erheischenden Union werden. Hinter den Kontaktversuchen des CDU-Bezirksvorsitzenden Hans Koch vermutete der Bischöfliche Kommissar nicht zu Unrecht den Büttel der SED-Kirchenpolitik, so dass viele Gesprächsangebote gar nicht erst verfangen. Koch erklärte nach der Wahlenthaltung katholischer Amts-

119 Vgl. ebd. Bl. 27, Beschluss über das Abbrechen der Verbindung am 1.10.1956 durch das SfS.

120 Siehe z. B. ebd., Arbeitsvorgang, Bl. 32, Beurteilung des Bezirksvorsitzenden Hansjürgen Rösner.

121 Siehe dazu Gerhard BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Neben Bühne des SED-Staates. Evangelische Kirche und Ost-CDU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze*, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 191–270.

122 Vgl. Bernd SCHÄFER, *Die Kirchenpolitik der Ost-CDU und die katholische Kirche in der SBZ/DDR*, in: HPM 5 (1998), S. 145–165, hier: S. 150ff.

träger im November 1971, dass der katholischen Kirche „die Schonzeit nicht bekomme und daß man eine solche Abstinenz in Zukunft nicht mehr mit Kirchenneubauten honorieren“¹²³ werde.

In den Beziehungen der CDU zu den evangelischen Landeskirchen im Norden der DDR lassen sich graduelle Unterschiede ausmachen, die im CDU-Bezirksverband Rostock besonders augenfällig waren. Wie eine Einsatzbrigade der CDU-Parteileitung 1984 aus dem Ostseebezirk berichtete, bestanden zur staatsnahen Greifswalder Landeskirche sehr gute Beziehungen. Das Bezirkssekretariat der CDU beriet sich regelmäßig mit kirchlichen Amtsträgern und Pastoren. Zudem führte der Bezirksvorsitzende mindestens einmal im Jahr ein sogenanntes Rundtischgespräch mit Vertretern des Konsistoriums und Professoren der Sektion Theologie der Universität Greifswald durch, unter denen sich einige CDU-Mitglieder befanden. Dagegen stießen CDU-Funktionäre „bei Mitarbeitern der Mecklenburgischen Landeskirche vielfach auf Ablehnung“.¹²⁴ Die Union verzeichnete es deshalb als Erfolg, dass 1985 erstmals die Superintendenten der mecklenburgischen Kirchenkreise Rostock-Stadt (Günter Goldenbaum), Rostock-Land (Traugott Ohse) und Wismar (Christoph Pentz) einer Einladung des Bezirksvorsitzenden Dieter Klemm gefolgt waren.¹²⁵

Diese deutlich wahrnehmbaren Differenzen zwischen mecklenburgischer und pommerscher Landeskirche hatten ihren Ursprung im speziellen „Greifswalder Weg“, den die 1968 zwangsumbenannte Evangelische Kirche Pommerns unter ihrem Landesbischof Horst Gienke (IM „Orion“) eingeschlagen hatte. Dieser Weg basierte auf Kompromissbereitschaft gegenüber dem SED-Staat und führte entlang des schmalen Grates zwischen offener und verdeckter Kollaboration mit den sozialistischen Machthabern. Der Preis für die staatlichen Vergünstigungen z. B. bei der Zuteilung von Baumaterialien war für die Greifswalder Landeskirche sehr hoch: Zahlreiche kirchenleitende Repräsentanten ließen sich mit dem MfS ein und gaben dadurch ihre persönliche und die zumindest ebenso wertvolle kirchliche Unabhängigkeit preis. Unter diesen Amtsträgern waren auch CDU-Mitglieder wie der Präses der Landessynode Dietrich Affeld (IM „Dietrich“), der Greifswalder Kreissekretär Manfred Bertling (IM „Heinrich Schade“) und der Pfarrer Gunnar Fischer (IM „Nikolaus“) aus Ueckermünde.¹²⁶

123 Zit. n. Heinrich-Theissing-Institut (Hg.): *Chronik des Bischöflichen Kommissariates 1946 bis 1973. Bd. 1: Katholische Kirche in Mecklenburg 1933 bis 1989. Eine Dokumentation*, Schwerin 2003, S. 265ff.

124 ACDP 07-011-5690, Bericht der Abt. Parteiorgane beim SHV über einen Einsatz im BV Rostock, Beschlussvorlage des SHV am 22.5.1984.

125 Vgl. ebd., Bericht der Abt. Parteiorgane beim SHV über einen Einsatz im KV Rostock-Stadt vom 19. bis 22.3.1985.

126 Vgl. Rahel VON SASS, *Der „Greifswalder Weg“. Die DDR-Kirchenpolitik und die Evangelische Landeskirche Greifswald 1980 bis 1989*, Schwerin 1998, S. 47f.

Im Gegensatz dazu entwickelte die mecklenburgische Landeskirche Abwehrstrategien gegen die Vereinnahmungsversuche von staatlicher Seite und seitens der CDU. Dahinter verbarg sich die Einsicht der integeren mecklenburgischen Nachkriegsbischöfe Niklot Beste, Heinrich Rathke und Christoph Stier, dass fremde Interessen nur durch innere Geschlossenheit von der Landeskirche ferngehalten werden konnten. Dieser Gedanke einer „Wagenburg“¹²⁷ stärkte die Widerstandskräfte innerhalb der kirchlichen Reihen. Dennoch fand das MfS auch hier „menschliche Schlupflöcher“, wie zwei Fälle aus dem CDU-Bezirksverband Rostock belegen.

Wie so oft sahen die Täter zuerst wie Opfer aus. Bei Überprüfung des Männerkreises um den Pastor Günther Gloede aus Neubukow 1957/1958 war die MfS-Kreisdienststelle Bad Doberan auf den stellvertretenden CDU-Bürgermeister Kurt Paetz und den Theologiestudenten Gert Wendelborn aufmerksam geworden. Insbesondere Paetz wurde als „geschickter“ Sachverwalter der CDU- und Kircheninteressen eingeschätzt, der sich tarnte und negativ diskutierte.¹²⁸ Er war für das MfS als Mitglied der evangelisch-lutherischen Landessynode und Ortsgruppenvorsitzender in Neubukow von doppeltem Interesse. Nach obligatorischer Auskundschaftung des persönlichen Umfeldes konnte das MfS Paetz am 25. Oktober 1958 erfolgreich werben.¹²⁹

Unter dem Decknamen „Patriot“ bespitzelte der Buchhalter beinahe 18 Jahre lang die Tagungen der Landessynoden und anderen kirchenleitenden Gremien, denen er als Laie angehörte. Aufgrund seiner Kontakte zum Landesbischof Niklot Beste und seinem Nachfolger Heinrich Rathke und konnte er dem MfS kircheninterne Materialien übergeben und es über die politische Einstellung von Pastoren, Synodalen und Laienchristen orientieren. Später erweiterte sich Paetz' „Einsatzfähigkeit“ als IM durch die Wahl zum 2. Stellvertreter der Bundessynode der Evangelischen Kirchen in der DDR und in seiner Funktion als Alterspräses der mecklenburgischen Landessynode.¹³⁰ Dabei geriet er Anfang der 1960er Jahre mehrfach in einen Widerspruch zur DDR-Kirchenpolitik, was sowohl vom MfS als auch von seiner Partei missbilligt wurde. 1963 stimmte er mit anderen Synodalvertretern für das Amtszuchtgesetz, das die

127 Rahel FRANK, „Realer – exakter – präziser“? *Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989*, Schwerin 2004, S. 490.

128 Vgl. BStU Ast. Rst. AOP 7/60, Bl. 13, Sachstandsbericht der KD Bad Doberan vom 7.11.1957; Bl. 49, Abschrift einer Beurteilung von Kurt Paetz durch GI Müller vom 3.2.1958.

129 Vgl. BStU Ast. Rst. AIMP 930/80, Bl. 27, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Kurt Paetz, 25.10.1958.

130 Vgl. ebd. Bd. 5, Bl. 93, Wahl von Paetz am 15./16.3.1973 durch die Landessynode der BEK. Die kirchenpolitische Linie von SED/MfS im Bezirk Rostock lautete: Den staatsloyalen Greifswalder Bischof Gienke hofieren, den kritischeren Schweriner Bischof Rathke ausgrenzen.

Einheit der EKD festigte. Nachdem Paetz einen Artikel des Schweriner CDU-Bezirkvorsitzenden Hans Koch im „Demokrat“ vom 7. November 1963 als kontraproduktiv betrachtete, entband ihn die CDU von seinen Parteifunktionen. Die Union war sich nach Beratungen mit der SED-Bezirks- und Kreisleitung darüber einig, „dem Ufrd. Paetz eine neue Chance zu geben und ihn gesellschaftspolitisch weiter arbeiten zu lassen“.¹³¹

Das zweite große „Schlupfloch“ im kirchlichen Raum war der CDU-Theologe Gert Wendelborn, der ebenfalls durch eine Äußerung im evangelischen Männerkreis in Neubukow „negativ“ aufgefallen war. Wendelborn stammte aus einem christlichen Haushalt und ließ sich nach seinem Theologiestudium in Rostock 1959 vom MfS anwerben. Unter seinen Kommilitonen war der ehrgeizige Theologe mit seiner sozialistischen Gesinnung weitgehend isoliert. Ohne den Pakt mit dem MfS wäre dem Außenseiter wohl kaum seine steile Karriere an der Rostocker Alma Mater gelungen. Es war bei der Beschaffung der gewünschten Assistentenstelle behilflich und ebnete seinen Aufstieg als Hochschullehrer bis zur außerplanmäßigen Professur für Ökumenik und Kirchengeschichte an der Wilhelm-Pieck-Universität 1977.¹³² Im Gegenzug berichtete Wendelborn nicht nur über seine Kollegen und Studenten der Theologischen Fakultät/Sektion, sondern auch über den Bezirksverband der CDU, der er sich angeschlossen hatte und für die er im Bezirksvorstand und bald auch in der Volkskammer mitwirkte. Gert Wendelborns Spitzelberichte unter dem Decknamen „Heinz Graf“ fielen durch ihre Weitschweifigkeit, Detailtreue und einen staatsloyalen Geist auf; noch Ende November 1989 informierte er das MfS über die außerordentliche Hauptvorstandssitzung der CDU, auf der die Götting-Ära endete und Lothar de Maizière zum neuen Parteivorsitzenden bestimmt wurde.¹³³

Dass sich das MfS „progressiver“ CDU-Mitglieder bediente, um die Kirchen auszukundschaften, war kein Zufall. Bereits im Gründungsjahr 1950 hatte sich die MfS-Landesverwaltung Mecklenburg neben den Parteien einen Überblick über die Kirchen verschafft. In einem Bericht über regimekritische Äußerungen Schweriner Geistlicher vom 23. April 1950 hieß es lapidar: „Bei

131 LAG Rep. IV/A/2.15/968, Bl. 1, vertrauliches Schreiben des BV Rostock an die Parteileitung der CDU, Abt. Kader, 4.12.1963 betr. Kaderfragen.

132 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 240/91, Bd. 1, Bl. 8, Aktenvermerk der Abt. V/4, SfS-BV Rostock, 12.8.1954. Vgl. ebd. Bl. 11, Einschätzung des IMS Heinz Graf durch Abt. XX/4, 10.8.1978; Bl. 14, Kurzbiographie; Bl. 33, Bericht über die Aussprache mit dem Theologen Gert Wendelborn am 12.8.1959; Bl. 39, handschriftliche Schweigeverpflichtung vom 12.8.1959.

133 Siehe dazu auch Ernst-Rüdiger KIESOW, *Theologen in der sozialistischen Universität. Persönliche Erinnerungen und Dokumente 1965–1991*, Rostock 2000, S. 98ff.

de Konfessionen stehen gegen die Deutsche Demokratische Republik“.¹³⁴ Die SfS-Bezirksverwaltung Rostock informierte 1954 alle Kreisdienststellen nicht nur über die „feindliche“ Tätigkeit der Landeskirchen; sie gab ihnen zugleich einen Maßnahmenkatalog zur „Abwehrarbeit“ an die Hand. Danach sollten Spannungen innerhalb der Kirche und persönliche Unzufriedenheiten von Geistlichen dazu genutzt werden, um „Agenturen“ des Staatssicherheitsdienstes zu installieren. Punkt 5 des Maßnahmenkataloges sah ausdrücklich vor, „Umsiedler“ und CDU-Leute „aufzuklären, die zur Kirchenüberwachung verwendet werden können“.¹³⁵

Keineswegs darf jedoch der Eindruck entstehen, die Union wurde ausschließlich für kirchenpolitische Zwecke der SED vom MfS missbraucht. Es gab so etwas wie ein parteiliches Eigeninteresse daran, die Staat-Kirchen-Beziehungen zu verbessern. Deshalb verwendete sich die CDU beispielsweise 1969 für die Sicherung von Kunstschatzen wie für das Fresko der Rostocker Christuskirche, nachdem deren Abriss von der SED beschlossen worden war.¹³⁶ Aus eigenem Antrieb sammelte sie Informationen über die Synoden der Landeskirchen oder beobachtete ganze Kirchentage.¹³⁷ Die Kirchentage der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs 1976 in Rostock und der Greifswalder Landeskirche 1978 in Stralsund begleitete die CDU generalstabsmäßig. In Rostock waren CDU-Funktionäre aus allen drei nördlichen Bezirksverbänden im Einsatz, vermutlich weil die mecklenburgische Landeskirche in alle drei Territorien hineinragte. Sie besuchten die verschiedenen Diskussionsforen, Andachtsformen, Gottesdienste und Arbeitsgemeinschaften, um hinterher umfangreiche Berichte für die Parteileitung darüber zu verfassen.¹³⁸ Wie sich die Unionsfunktionäre beim Veranstaltungsbesuch zu verhalten hatten, schilderte ein Einsatzplan, der im Vorfeld des Kirchentages in Stralsund entwickelt wurde: Sie sollten sich nicht provozieren lassen, keine Agitationsreden schwingen, Positives wie Negatives mitschreiben, auf „Be-

134 BStU MfS-ZA AS 563/67, Bl. 196–198, Bericht der MfS-Landesverwaltung Mecklenburg vom 23.4.1950 betr. Kirche, gez. Last; vgl. ebd. Bl. 228–229, Tätigkeit der evangelischen Kirche, oD., gez. Kluth.

135 BStU Ast. Rst. BdL Nr. 459, Bl. 1–8, Auskunftsbericht der SfS-BV Rostock an alle Leiter der KD über die Situation und Tätigkeit der Kirchen in der DDR und Maßnahmen zur Bearbeitung dieses Objektes, GVS, 27.8.1954, gez. Oberstltm. Mühlpforte. Beigefügt sind Strukturpläne der EKD, ELLM, PEK und der Freikirchen.

136 Vgl. ACDP 03-043-059/3, Schreiben des SHV der CDU an den OB der Stadt Rostock vom 30.4.1969 betr. Eingabe von Irma Lang-Scheel an den CDU-Vorsitzenden Gerald Götting.

137 Vgl. ebd., vertraulicher Aktenvermerk über die außerordentliche Synode der Greifswalder Landeskirche am 3. u. 4.5.1969; vgl. auch, Sonderinformation über den 5. ev. Landeskirchentag vom 29. bis 31.5.1970 in Greifswald.

138 Vgl. ACDP 03-043-059/2, Kirchentag der Mecklenburgischen Landeskirche vom 11. bis 13.6.1976 in Rostock. Berichte lagen von weit über 25 haupt- und ehrenamtlichen CDU-Funktionären der drei Nordbezirksverbände vor.

schattung“ durch kirchliche Jugendliche achten und im Sinne der CDU-Programmatik argumentieren.¹³⁹

Im Bezirk Schwerin trat das ambivalente Verhältnis zwischen Kirche und CDU nach der Selbstverbrennung des Pastors Oskar Brüsewitz aus dem sächsischen Kreis Zeitz 1976 nochmals deutlich zutage. Der CDU-Bezirksvorsitzende Hans Koch hatte einen Monat nach dem über die Grenzen der DDR hinaus beachteten Suizid Briefe von Unionsfreunden an die Schweriner Kirchenleitung „organisiert“, die zur Besonnenheit mahnten.¹⁴⁰ Den Fall Brüsewitz nahm Koch zudem zum Anlass, um im Dezember 1976 mit dem Chefredakteur der mecklenburgischen Kirchenzeitung Werner Schnoor ins Gespräch zu kommen. Während Schnoor die Briefaktion kritisierte, zeigte sich Koch über die Teilnahme des Schweriner Oberkirchenrates an der Beerdigung von Brüsewitz verärgert. Der Kirchenrat Schnoor – als IM „Schütz“ beim MfS registriert – wies noch einmal auf den Ugrund der Antipathie zwischen Geistlichkeit und DDR-Union hin: „Eine Reihe von Pfarrern mögen die CDU nicht, weil diese immer beansprucht, für die Christen politische Erklärungen abzugeben. Das müssen die Kirchenleitungen sich vorbehalten“. Koch erwiderte, dass die CDU Sprachrohr ihrer Mitglieder sei und nicht das kirchenamtliche Vertretungsmonopol der Christen brechen wolle. Schnoor war sich der „unterschiedlichen Aufgaben von CDU und Kirche“ bewusst, artikuliert aber die Befürchtungen seiner Amtsbrüder, „die CDU wolle die Kirche vereinnahmen“.¹⁴¹ Diese Angst hielt die evangelische und katholische Kirche bis zur Wende 1989 auf Distanz zur Ost-CDU.

MfS-Zuträger in der Redaktion des „Demokrat“

„Der Demokrat“ war als Presseorgan des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern im Dezember 1945 erstmals erschienen. Die chronische Papierknappheit im Nachkriegsdeutschland und die besonderen Bedingungen sowjetischer Presselizenzen ließen nur einen allmählichen Ausbau zu einer vollwertigen Tageszeitung zu, der mit der organisatorischen Entwicklung der CDU im Lande nicht Schritt hielt. Bis 1953 befand sich die Hauptredaktion des CDU-Blattes am Sitz des Landes- bzw. Bezirksverbandes in der Schweriner Schlossstraße 12, wobei in Rostock eine Lokalredaktion eingerichtet war.

139 Vgl. ACDP 03-043-059/1, Kirchentag der Evangelischen Landeskirche Greifswald vom 16. bis 18.6.1978 in Stralsund, Einsatzplan: „Für Stralsund Juni 1978“. Auf 12 Seiten findet sich ein ganzer Leitfaden mit Verhaltensanweisungen und Argumentationshilfen. Vgl. ebd., Schreiben von Otto Sadler an Gerald Götting vom 20.6.1978 betr. Informationen.

140 Vgl. ACDP 03-044-045/3, Schreiben von Hans Koch an den stv. Parteivorsitzenden Wolfgang Heyl, 28.9.1976.

141 Ebd. Bl. 37, Gespräch zwischen dem Chefredakteur der Mecklenburgischen Kirchenzeitung Werner Schnoor und dem CDU-Bezirksvorsitzenden Hans Koch am 1.12.1976.

1954 zog die Chefredaktion komplett nach Rostock um, während in den Bezirksstädten Schwerin und Neubrandenburg Bezirksredaktionen eingerichtet wurden.

In der Geschichte des „Demokrat“ erlaubten sich die Sowjetische Militäradministration in Mecklenburg und die SED mehrfach den Eingriff in die Redaktionspolitik. So untersagten die sowjetischen Presseoffiziere dem zweiten Chefredakteur Arthur Janßen das Betreten der Redaktionsräume, nachdem er sich auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen der SMAD und dem CDU-Zonenvorsitzenden Jakob Kaiser im Dezember 1947 geweigert hatte, einen distanzierenden Artikel zu veröffentlichen. Janßen blieb nur die Flucht in die westlichen Besatzungszonen. Auf Anraten der SED-Landesleitung wurde im Oktober 1949 dem Redakteur Ernst August zu Münster wegen systemkritischer Äußerungen gekündigt. Im September 1953 kam der ehemals festangestellte Redakteur, der als freier Mitarbeiter weiterhin für den „Demokrat“ arbeitete, mit seiner Frau für zwei Tage in Haft, weil er angeblich Falschgeld eingelöst hatte. Im Dezember setzte er sich daraufhin in den Westen ab.¹⁴² Während der Parteisäuberung 1950 verhaftete der sowjetische Geheimdienst die freie Redaktionsmitarbeiterin Ursula Wöllert. Das Sowjetische Militärtribunal Berlin-Lichtenberg klagte sie gemeinsam mit dem Studenten Peter Püschel und dem 3. CDU-Landesvorsitzenden Joseph Küchler wegen Spionage an und verurteilte die Lehrerin zu 25 Jahren Arbeitslager. Als sie 1955 aus den sibirischen Lagern zurückkehrte, floh sie nach West-Berlin.¹⁴³

Nach der totalen Unterwerfung der CDU 1952 führte die SED einen weiteren Wechsel in der Chefredaktion herbei: Janßens Nachfolger Dr. Hugo Reinhart musste Ende 1952 seinen Posten räumen, weil er die Kritik der SED-Presse an CDU-Funktionären im „Demokrat“ als „unrichtig“ und „undemokratisch“ zurückgewiesen hatte.¹⁴⁴ In der kurzen Interimsperiode nach der Absetzung Reinharts amtierte sein bisheriger Stellvertreter Fritz Zanger als Chefredakteur. Es dauerte allerdings nicht lange, bis auch er den Zorn der SED auf sich zog. Unter Zangers Verantwortung ereignete sich ein journalistischer Fauxpas, der sogar die MfS-Bezirksverwaltung Schwerin auf den Plan rief. In der Ausgabe des „Demokrat“ vom 28. April 1953 erschien neben der Titelüberschrift „Heraus zur Mai-Demonstration!“ ein Fotoausschnitt, der u. a. ein Bündel Hakenkreuzfahnen abbildete und sich auf einen Artikel über die kriminelle Hortung eines Großhändlers bezog. Die tendenziösen Ermittlungsergeb-

142 Vgl. Günter BUCHSTAB (Hg.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine Dokumentation*, Düsseldorf 1998, S. 399.

143 Vgl. EBD. S. 312.

144 Vgl. „SED fordert Entlassung eines CDU-Chefredakteurs“, in: „Informationsbüro West“ vom 7.8.1954, Bl. 4.

nisse des MfS unterstellten, dass die Redaktion das Bild absichtlich zurechtgeschnitten hatte, damit die Hakenkreuzfahnen ins Auge fielen.¹⁴⁵

Der ermittelnde MfS-Offizier Kluth beanstandete in derselben Ausgabe einen zweiten Artikel zur „Frage der Lebensmittelkarten“, der mit der Unterzeile „Die Fortsetzung des Romans erfolgt in unserer nächsten Ausgabe“ versehen war. Kluth forderte einen Überprüfungsvorgang für den Chefredakteur. Für ihn als MfS-Vertreter war es unverständlich, dass das CDU-Presseorgan vor dem Druck keiner Zensurstelle vorlegt wurde und die Setzer in der Druckerei des SED-Organs „Schweriner Volkszeitung“ keine inhaltliche Kontrolle vornahmen.¹⁴⁶ Noch im Juni 1953 wurde der interimistische Chefredakteur Fritz Zanger von Xaver Kugler abgelöst, da auch das Schweriner Bezirkssekretariat der CDU mit der „unpolitischen“ Haltung der Zeitungsredaktion, ja des gesamten Verlages unzufrieden war. Hansjürgen Rösner war in den 1950er Jahren bestrebt, mehr Einfluss auf die Redaktion des „Demokrat“ zu gewinnen. Ein ganzes Maßnahmenbündel sollte die Wogen zwischen Partei und Redaktion glätten: Die CDU-Funktionäre wurden zur Redaktionskonferenz eingeladen und verpflichtet sich, einmal pro Monat einen Artikel zu schreiben. Außerdem mussten die Redakteure an der innerparteilichen Schulung teilnehmen.¹⁴⁷

Doch gerade die Einbeziehung der CDU-Funktionäre brachte einen neuen Eklat. Im September 1953 erschien ein Namensartikel des Kreisvorsitzenden Ernst Sulimma.¹⁴⁸ Darin plädierte der hauptamtliche Parteisekretär des Kreisverbands Schwerin-Land nach den Ereignissen des 17. Juni in der DDR für eine realistischere Sicht auf die Bundesrepublik. Bei seinem Besuch habe er mit eigenen Augen gesehen, dass es keine Verelendung der Massen gebe und man Dinge des täglichen Bedarfs günstiger kaufen könne als in der DDR. Sulimma beging in der Hoffnungsstimmung des Neuen Kurses das Sakrileg, die Massenflucht aus der DDR endogen, dh. mit Fehlern der DDR-Regierung zu erklären. Die Gerichte, Verwaltungen und Parteien der DDR müssten die Bevölkerung vor Gewaltmaßnahmen und Ungerechtigkeiten schützen. Solche Sätze alarmierten die SED, die wiederum das SfS einschaltete. Die zuständige Abteilung V der SfS-Bezirksverwaltung unter Leitung des Majors Kluth fand heraus, dass der anstößige Artikel Sulimmas durch die Redaktion verändert wurde.¹⁴⁹

145 Vgl. BStU Ast. Swn. AP 116/54, Bl. 3, Bericht über die Ausgabe des Demokrat vom 28.4.1953, S. 1, Zeitung der CDU für den Bezirk Schwerin, 5.5.1953.

146 Vgl. ebd. Bl. 7, Ermittlungsbericht vom 30.4.1953, gez. Kluth.

147 Vgl. ACDP 07-011-1434, Protokoll der außerordentlichen Sitzung des CDU-Bezirksvorstandes Schwerin am 9.3.1953.

148 Vgl. Ernst SULIMMA, „Ich war in Westdeutschland“, in: „Der Demokrat“ vom 11.9.1953, S. 2.

149 Vgl. BStU Ast. Swn. AP 116/54, Bl. 4, Ermittlungsbericht vom 13.9.1953, gez. Major Kluth.

Diesmal schlug der Vorfall höhere Wellen. Der Artikel war Gegenstand einer Aussprache mit dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin Bernhard Quandt im Bezirksausschuss der Nationalen Front. Er kam im Bezirksblockausschuss ein zweites Mal zur Sprache, weil die SED weitere Beanstandungen hatte. So war ein vom Parteivorsitzenden Otto Nuschke gezeichneter Beitrag mit der Überschrift „Die Imponderabilien der Macht“ ausgestattet worden. Unter Rechtfertigungsdruck setzte den CDU-Bezirksvorsitzenden Hansjürgen Rösner auch, dass die Bundestagswahlen in der Bundesrepublik 1953 im „Demokrat“ als störungsfrei bezeichnet wurden. Rösner versuchte Sulimma aus der Schusslinie der SED zu ziehen, die den Kreissekretär zum „Feind unseres Volkes“ erklärte.¹⁵⁰ Schließlich sagte er zu, in der Unionspresse persönlich zu dem Artikel Stellung zu nehmen und die Dinge im Sinne der Einheitspartei gerade zu rücken.¹⁵¹

Während Xaver Kugler aus der Affäre unbeschädigt hervorging und erst 1988 nach 35 Jahren als dienstältester Chefredakteur in der DDR aus der Redaktion ausschied, hatte Sulimma längere nachteilige Folgewirkungen zu verkraften. Der Schweriner Kreisblockausschuss hielt ihn auch fünf Monate später noch für „untragbar in der politischen Massenarbeit“.¹⁵² Nachdem der Vorwurf der Zusammenarbeit mit dem CDU-Ostbüro erhoben worden war, beurlaubte ihn das CDU-Bezirkssekretariat bis zur Klärung durch einen Untersuchungsausschuss. Im Nachgang schwelten weitere Konflikte zwischen dem CDU-Bezirksvorstand und der Redaktion. So hatte „Der Demokrat“ in der Wochenendausgabe vom 14./15. November 1953 über eine angebliche Zeitungsente des West-Berliner „Telegraf“ berichtet, wonach es in Fischkombinaten der DDR zu Rotbarschvergiftungen gekommen wäre. Dem widersprechend erschien eine Agenturmeldung, dass ein Serum gegen Rotbarschvergiftungen entwickelt worden sei. Das MfS vermutete hinter dieser Konterkarikatur eine „Provokation“ des Chefredakteurs Xaver Kugler;¹⁵³ dieser entschuldigte sich vor dem Bezirksvorstand, indem er die Verantwortung auf die Redakteure Herbert Handke und Fritz Zanger abwälzte.¹⁵⁴

Alle drei Redakteure standen hernach unter Beobachtung des Staatssicherheitsdienstes. Fritz Zanger entzog sich dem Verfolgungsdruck 1954 durch die Flucht nach Hamburg. Herbert Handke blieb als Bezirksredakteur zunächst in

150 LHAS 10.34-3-1654, Sitzungsprotokoll des Bezirksblockausschusses Schwerin am 25.9.1953.

151 Vgl. LHAS 10.34-3-1653, Bericht der SED-BL Schwerin über die Arbeit mit den befreudeten Parteien vom 27.10.1953.

152 ACDP 07-011-2652, Sitzungsprotokoll des CDU-Bezirkssekretariates Schwerin am 6.2.1954.

153 Vgl. BStU Ast. Swn. AP 116/54, Bl. 6, Ermittlungsbericht vom 21.11.1953.

154 Vgl. ACDP 07-011-1434, Sitzungsprotokoll des CDU-Bezirksvorstandes Schwerin am 23.11.1953.

Schwerin. Als das SfS ihn für eine Zusammenarbeit gewinnen wollte, floh er Anfang 1958 gleichzeitig mit dem Volontär Hans-Peter Anderle und dem Neustrelitzer Bezirkssekretär Günther Kraack in den Westen.¹⁵⁵ Die weiteren Hintergründe dieser Flucht enthüllte der Bezirksvorsitzende Hansjürgen Rösner in einem Schreiben an die Parteileitung: Herbert Handke hatte den Umzug der Hauptredaktion nach Rostock als einziger Redakteur abgelehnt und stand mit Xaver Kugler in einer gewissen Rivalität. Als Kulturredakteur gehörte er eher zu den unpolitischen Menschen, weshalb ein heftiger Streit zwischen Handke und seinem Chef entbrannte, als dieser ihn zur Parteschule delegieren wollte.¹⁵⁶

Die Staatssicherheitsbehörde war vor allem durch die inoffizielle Berichterstattung Hansjürgen Rösners auf der Hut. Rösner misstraute nicht nur der Redaktion, sondern auch dem Verlagsleiter Günter Lübke. Er forderte von Gerald Götting, dass sich der zentrale Untersuchungsausschuss mit dem „Demokrat“ befassen sollte, weil die Redaktion nicht an den Parteschulungen teilnahm und Stalins Tod nicht würdigte.¹⁵⁷ Der Bezirksvorsitzende versuchte auf die Besetzung der Redaktion Einfluss zu nehmen und beispielsweise zu verhindern, dass der Sohn Fritz Zangers in die Schweriner Bezirksredaktion versetzt wurde. Die „Republikfluchten“ bzw. die Verhaftung von zwei Anzeigenvertretern des „Demokrat“ wertete Rösner als ernste Anzeichen dafür, dass im Verlagswesen der Union nur eine „mangelnde Wachsamkeit“ vorherrsche.¹⁵⁸ Wie Herbert Handke im Interview des Senders Freies Berlin nach seiner Flucht mitteilte, waren insgesamt schon 13 ihm bekannte Kollegen aus der Demokrat-Redaktion in den Westen geflohen.¹⁵⁹ Allein 1956 verließen im Abstand von nur drei Monaten der Neubrandenburger Bezirksredakteur Ernst Diekmann und sein Nachfolger Hans Koosch ihren Dienstposten.¹⁶⁰

Das MfS hatte sich vor allem um Herbert Handke bemüht, weil es die Verlässlichkeit des neuen Chefredakteurs Xaver Kugler prüfen wollte. Kugler hatte 1946 bis 1948 sein Volontariat beim „Demokrat“ absolviert und war vor der Übernahme des Chefpostens u. a. als Redakteur beim „Berliner Nachtexpress“ angestellt. Das MfS vermutete, dass Kugler illegale Kontakte nach West-Berlin unterhielt und ließ ihn gleich von mehreren IM („Werner Fuchs“, „Ullrich“,

155 Vgl. BStU Ast. Swn. AP 444/59, Bl. 19, Aktenvermerk der Abt. V/3 über den Werbeversuch Handkes vom 18.10.1956; Bl. 24, Bericht der Abt. V/3 betr. Ermittlungen wegen Verdachts auf Republikflucht des Bezirksredakteurs Herbert Handke, Schwerin.

156 Vgl. ebd. Bl. 32, Schreiben des CDU-Bezirksvorsitzenden Rösner an die Parteileitung betr. Republikflucht von Handke vom 11.1.1958.

157 Vgl. ebd. Bl. 36, vertrauliches Schreiben von Rösner an Gerald Götting vom 26.3.1953.

158 Vgl. ebd. Bl. 39, Schreiben von Rösner an die CDU-Parteileitung, Kaderabteilung, 6.1.1955.

159 Vgl. ebd. Bl. 60, Abschrift der Abteilung Information vom 17.1.1958, Interview des Senders Freies Berlin mit Herbert Handke vom 15.1.1958, gesendet um 19.30 Uhr.

160 Vgl. ACDP 07-011-1205, Republikflüchtlinge der CDU 1956 bis 1957.

„Peters“ und „Greifswald“) überwachen. Kugler, der vor seiner journalistischen Karriere den Kaufmannsberuf erlernte hatte und während des Zweiten Weltkriegs als Offizier diente, unternahm im Auftrag der CDU Reisen ins westliche Ausland. Für das MfS war er als Chefredakteur gleichzeitig eine „kriminalpolizeiliche Kontaktperson“. In dieser Eigenschaft waren aus Sicht des MfS Informationen über geflüchtete Redakteure wie den Sportredakteur Günter Augsburg interessant. Die Staatssicherheit registrierte das Trinkverhalten in der Redaktion ebenso wie eine abfällige Bemerkungen Kuglers nach einer Besprechung der Chefredakteure beim 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock. Diese Besprechungen fanden regelmäßig statt, zumal das SED-Bezirksorgan „Ostsee-Zeitung“ eine Art Leitmedium für den „Demokrat“ darstellte.¹⁶¹

Einer der IM des MfS in der regionalen CDU-Presse war der Kulturredakteur Hans Westphal. Das ehemalige DDP-Mitglied aus Stargard/Pommern ließ sich 1957 vom MfS werben. Unter dem Decknamen „Greifswald“ war der frühere freie Mitarbeiter konservativer Blätter wie „Stettiner Generalanzeiger“, „Berliner Morgenpost“ und „Vossische Zeitung“ bereit, „Anschläge auf die Republik“ zu vereiteln. Er scheute jedoch davor zurück, westdeutsche Journalisten, mit denen er im Auftrag des MfS Kontakt aufgenommen hatte, in die DDR zu locken.¹⁶² Insgesamt spitzelte Westphal bis zu seiner Verrentung 1972 für das MfS. Er gehörte dabei dem Agentennetzwerk des Führungs-IM „Ulrich“ an, das in der „Demokrat“-Redaktion installiert worden war. Wie das MfS wusste, war die inoffizielle Kooperation des Kunstkritikers anderen Redaktionsmitarbeitern war nicht verborgen geblieben.¹⁶³

Auf Hans Westphal war die Staatssicherheit bereits Mitte der 1950er Jahre aufmerksam geworden, weil er als Kulturredakteur im „Demokrat“ gegen den Abriss der Ruine der Rostocker Jakobikirche Stellung bezogen hatte. Der SED-Funktionär Karl Mewis hatte daraufhin in der Redaktion angerufen und seiner Empörung Luft verschafft.¹⁶⁴ Davon unbeschadet leistete Westphal dem MfS zahlreiche Dienste; er spionierte im kirchlichen Milieu und erhielt Aufträge zur Aufklärung westlicher Presseagenturen. Zudem versorgte er das Ministerium mit Charakteristiken seiner Berufskollegen aus der Redaktion. 1957 beschaffte Westphal Schriftproben aller Schreibmaschinen, nachdem er den Mu-

161 Vgl. BStU Ast. Rst. AKK 2724/76, Bl. 29, Treffbericht des MfS, Abt. V/3 mit Kugler als Kontaktperson, o. D.; Bl. 59, Bericht über Kugler vom 1.8.1962.

162 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 342/63, Personalakte, Bl. 13, Einschätzung des GI „Greifswald“, Abt. V/4, MfS-BV Rostock, 17.7.1957; Bl. 16, Schweigeverpflichtung, Losungswort: „Greifswald“; Bl. 21, Personalbogen; Bl. 38, Treffbericht vom 20.2.1957. Geworben wurde Hans Westphal durch den MfS-Offizier Thode.

163 Vgl. ebd. Bl. 141, Einschätzung des IMS „Greifswald“ vom 11.5.1971.

164 Vgl. ebd. Bd. 1, Teil II der Akte, Bl. 26, Aktenvermerk der Abt. V/4 vom 2.11.1956 betr. Gespräch mit IM „Greifswald“ in seiner Wohnung am 1.11.1956.

sikredakteur der Zusammenarbeit mit dem Ostbüro der CDU verdächtigt hatte.¹⁶⁵ Zweimal kam es zu Dekonspirationen. Versehentlich dekonspirierte ein MfS-Mitarbeiter Westphal vor seinem Chef Xaver Kugler; als ruchbar wurde, dass der Schweriner Bezirksvorsitzende Rösner ebenfalls inoffiziell mit dem MfS kooperierte, sprachen ihn Kugler und Westphal daraufhin an, wobei dieser zuerst seine IM-Tätigkeit leugnete, dann aber indirekt eingestand.¹⁶⁶

Zum Leitungskollektiv des „Demokrat“ gehörte in den 1950er Jahren neben Xaver Kugler und Hans Westphal außerdem Kuglers Stellvertreter Franz Gerth, der später von Wolfgang Voß abgelöst wurde. Zwischen Kugler und Westphal bestanden Spannungen, die aus einem gewissen Konkurrenzverhältnis resultierten. Westphal vergalt dies auf seine Weise, indem er dem MfS z. B. über die geringe Kirchenbindung des katholischen Chefredakteurs berichtete. Viel schärfer ging er aber mit dem Schweriner CDU-Vorsitzenden Hansjürgen Rösner ins Gericht, den er verantwortlich für das personelle Ausbluten des „Demokrat“ in den 1950er Jahren machte.¹⁶⁷

In den Reihen der CDU-Presse fanden sich weitere Zuträger des MfS. Ein minderschwerer Fall betraf den freien Mitarbeiter Karlheinz Ginnow, der sich seit 1960 als Informant andiente. Er war 1946 bis 1952 Mitglied der SED, trat dann aber 1953 in die CDU über und arbeitete seit 1949 für den „Demokrat“ und die „Neuesten Norddeutschen Nachrichten“. In seiner handschriftlichen Verpflichtungserklärung bezeichnete Ginnow es als „Fehler“, aus der „Partei der Arbeiterklasse“ ausgetreten zu sein. Durch die Zusammenarbeit wollte er einen Wiedereintritt durchsetzen.¹⁶⁸ Ginnows Spionagetätigkeit war allerdings mehr auf die Greifswalder Union und weniger auf die Demokrat-Redaktion ausgerichtet. Die CDU schloss Ginnow 1962 aus der Partei aus. Das MfS stellte die Verbindung zum GI „Buche“ 1970 ein. Es hatte „übersehen“, dass Ginnow bereits im Jahre 1953 wegen erfolgter Doppelagentschaft aus dem Agentennetz des sowjetischen Geheimdienstes ausgeschlossen worden war.¹⁶⁹

4. Fazit

Die Fallbeispiele für die geheimpolizeiliche Infiltration der CDU im Norden der DDR stellen lediglich die Spitze des Eisbergs dar. Das MfS hatte zum Ende der DDR fast alle Kreisvorstände mit geheimen Zuträgern unterwandert und

165 Vgl. ebd. Bl. 30., Treffbericht vom 14.2.1957.

166 Vgl. ebd. Bl. 389, Treffbericht vom 24.4.1957; Bl. 71, Treffbericht vom 14.11.1957

167 Vgl. ebd. Bl. 110–111, Bericht des GI „Greifswald“ über Hansjürgen Rösner, o. D.

168 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 997/70, Personalakte, Bl. 78, hs. Verpflichtungserklärung von Karlheinz Ginnow, 28.7.1960.

169 Vgl. ebd. Bl. 180, Schreiben des CDU-KV Greifswald an Karlheinz Ginnow vom 22.2.1962; Bl. 261, Bericht über die Einstellung der Verbindung zu IM „Buche“ vom 7.4.1970.

die CDU auf diese Weise fest „im Griff“. Dieser Befund trifft ohne Einschränkung auch auf das kirchenpolitische Handlungsfeld und das Pressewesen der Union zu.

Die geheimpolizeilichen Aktivitäten innerhalb der Blockparteien dokumentierten, dass die SED-Diktatur stets mit doppeltem Netz und Sicherungsleinen hantierte: Neben den Anleitungs- und Kontrollmechanismen des eigenen Parteiapparates und den innerparteilichen Selbstdisziplinierungsinstrumenten der Blockparteien glaubte die Staatspartei, nicht auf ein hocheffektives geheimes Überwachungssystem verzichten zu können. Dieses wurde in den 1960er Jahren nochmals verfeinert und in den 1970er und 1980er Jahren perfektioniert. Die in die „kleinbürgerlichen Parteien“ eingeschleusten inoffiziellen Mitarbeiter des MfS hatten nicht mehr nur Berichtspflichten, sondern sollten darüber hinaus tatkräftig beim Aufbau des Sozialismus mitarbeiten.¹⁷⁰

Wie aus verschiedenen Quellen belegt ist, war die geheimpolizeiliche Einflussnahme den Spitzenfunktionären der CDU kein Geheimnis. Der langjährige Mitarbeiter der Parteileitung Ulrich Fahl brüstete sich als zeitweiliger CDU-Bezirksvorsitzender in Magdeburg damit, dass er zu 80 % wisse, wer berichtete und was an das MfS berichtet würde. Als GI „Rolf“ hatte sich Fahl, der bis 1953 in Rostock als Stellvertreter Otto Sadlers fungierte, mehrfach gegenüber Genossen der SED-Bezirksleitung dekonspiriert.¹⁷¹ Trotz der unbestreitbaren Kontrollmacht des MfS lag die Weisungskompetenz bei der SED. Politisch verwertbare Informationen gelangten ohne Angabe der Quelle stets zur Auswertung in die Kreis-, Bezirksleitung oder in den ZK-Apparat der Einheitspartei. Das MfS war kein Staat im Staate, sondern der Geheimdienst der SED. Die Fremdsteuerung der DDR-CDU vollzog sich über die Anleitungs- und Kontrollmechanismen der SED, nicht über das MfS. Eine gleichgeschaltete Funktionärselite besorgte dann die Umsetzung der aufgezwungenen Politik in den eigenen zentralisierten Parteistrukturen.

In den drei CDU-Bezirksverbänden Neubrandenburg, Rostock und Schwerin lässt sich gerade in den 1950er Jahren eine stärkere direkte Anleitung durch die SED-Bezirksparteiorganisationen nachweisen. Diese direkten Anleitungsbestrebungen verloren im Zeitverlauf zugunsten indirekter Herrschaftsausübung und geheimpolizeilicher Kontrolle an Intensität. Die Einheitssozialisten konnten die „Leine“ in den 1960er und 1970er Jahren „locker“ lassen, da die Blockparteien gelernt hatten, „bei Fuß zu gehen“. Gerade in diesem Moment des Konformismus, der von der oberen Funktionsklasse bis zum Kreissekretär

170 Vgl. BStU Ast. Nbg. AIM 640/87, Bd. 3, Bl. 15, Komplexauftrag für IM, die Mitglied kleinbürgerlicher Parteien sind.

171 Vgl. BStU MfS-ZA AIM 3290/60, Bl. 46, Einschätzung des IM „Rolf“, Abt. V/3.

in der Regel mitgetragen wurde, liegt die systemstabilisierende „Mitverantwortung“ der DDR-CDU.

Demgegenüber hat der Begriff der „Fremdsteuerung“ vor allem aus dem Blickwinkel der Unionsgeschichte und von Teilen der nonkonformistischen Basis seine Berechtigung. Noch Mitte der 1950er Jahre registrierte der Staatssicherheitsdienst aufmerksam solche nonkonformistischen Verhaltensweisen von CDU-Mitgliedern: „Charakteristisch für das Verhalten vieler Mitglieder bürgerlichen Parteien im Bezirk Neubrandenburg ist das Verhalten des Bürgermeisters (CDU) von Burg Stardgard, der am 4.10.1954 noch die gesamte Propagandaliteratur, die er zur Verteilung bringen sollte, in seinem Büro liegen hatte“.¹⁷² Insbesondere die Christdemokraten in den Ortsgruppen äußerten immer wieder Zweifel an der Einheitslistenwahl und Kritik an den allgemeinen demokratischen Defiziten des SED-Staates.¹⁷³

Zwischen Teilen der Mitgliederbasis und dem linientreuen Funktionärstamm gab es in der Beurteilung des politischen Systems, der Repressalien gegenüber Christen und Andersdenkenden und des schleichenden wirtschaftlichen und ökologischen Niedergangs eine deutlich wahrnehmbare Kluft. Diese Kluft war konstitutiv für die Ambivalenz aus Fremdsteuerung und Mitbestimmung, die sich letztlich in den eingangs benannten unterschiedlichen Bewertungen der Rolle der Union im sozialistischen Parteiensystem niederschlug. Wer heute die Mitverantwortung der CDU für die SED-Diktatur überbetont, verkennt die Fremdsteuerung der Blockparteien. Und umgekehrt: Einmal konditioniert, liefen Teile der Basis, vor allem aber Funktionäre an der „lockeren Leine“ der SED, ohne daran zu zerren. Eine Auflösung des „Gefangenendilemmas“ gelang erst nach der Befreiung der CDU aus den Ketten des Demokratischen Blocks der Nationalen Front und im Repressionsapparat des Mielke-Ministeriums während der Herbstrevolution 1989.¹⁷⁴ Schließlich setzte dieser Emanzipationsprozess unter Lothar de Maizière viele personelle Bereinigungen und programmatische Häutungen voraus, mündete aber folgerichtig in die Fusion der Ost-CDU mit der CDU der Bundesrepublik unter Helmut Kohl ein. Von ihren geschichtlichen Wurzeln und demokratischen Ideen her waren Ost- und West-CDU Früchte desselben Baumes.

172 BStU MfS-ZA AS 9/57, Bd. 17, Bl. 306, Informationsdienst der SfS-Zentrale, 11.10.1954, S. 12.

173 Vgl. ebd., Informationsdienst zur Beurteilung der Situation in der DDR, SfS, Nr. 2333, 7.10.1954, Bl. 328. Vgl. auch ebd., Bd. 15, Informationsdienst zur Beurteilung der Situation in der DDR, SfS, Nr. 2301, 23.8.1954, Bl. 9. Hier äußerten zwei Bauern aus der Gemeinde Jülchendorf bei Sternberg in Anwesenheit des CDU-Kreisvorsitzenden, in der DDR gäbe es „keine richtigen Wahlen mehr“.

174 Siehe dazu Christian SCHWIEBELMANN, *Die politische „Wende“ 1989/90 und die Christdemokraten im Norden der DDR*, in: *Zeitgeschichte Regional 2* (2008), S. 89–104.